

No. 41138

**Germany
and
Poland**

Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital (with protocol). Berlin, 14 May 2003

Entry into force: *19 December 2004 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 32*

Authentic texts: *German and Polish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 23 March 2005*

**Allemagne
et
Pologne**

Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune (avec protocole). Berlin, 14 mai 2003

Entrée en vigueur : *19 décembre 2004 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 32*

Textes authentiques : *allemand et polonais*

Euregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 23 mars 2005*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen
zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
und
der Republik Polen
zur
Vermeidung der Doppelbesteuerung auf
dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und
vom Vermögen

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen –

von dem Wunsch geleitet, ein neues Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1
Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2
Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der von den Unternehmen gezahlten Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

aa) die Einkommensteuer,

bb) die Körperschaftsteuer und

cc) die Gewerbesteuer,

einschließlich der auf jede dieser Steuern erhobenen Zuschläge

(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in der Republik Polen:

aa) die Einkommensteuer und

bb) die Körperschaftsteuer

(im Folgenden als „polnische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Polen und, wenn für Zwecke dieses Abkommens im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet, in dem das Steuerrecht des betreffenden Staates gilt;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - e) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff, Luftfahrzeug oder Schiff im Binnenverkehr, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff, Luftfahrzeug oder Schiff im Binnenverkehr wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - f) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - aa) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;

bb) in der Republik Polen der Finanzminister oder sein bevollmächtigter Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohn-

stätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(4) Eine Personengesellschaft gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Die Artikel 6 bis 23 gelten jedoch nur für Einkünfte oder Vermögen einer Personengesellschaft, die in dem Vertragsstaat, in dem die Personengesellschaft als ansässig gilt, der Steuer unterliegen.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,

- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen natürlichen Ressourcen; See- und Binnenschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Internationale Transporte

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

(5) Im Sinne dieses Artikels umfassen Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr

- a) Gewinne aus der Vercharterung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen ohne Besatzung und
- b) Gewinne aus der Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und dazugehöriger Ausrüstung, die dem Transport der Container dienen), die für den Transport von Gütern oder Waren genutzt werden,

sofern die Vercharterung oder die Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr als Nebentätigkeit zuzuordnen ist.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet und entsprechend besteuert, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt

werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

- (1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.
- (2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.
- (3) Ungeachtet des Absatzes 2 können alle Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat, in dem der Empfänger ansässig ist, besteuert werden, wenn der Empfänger auch Nutzungsberechtigter der Zinsen ist und wenn diese Zinsen gezahlt werden
 - a) an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder an die Regierung der Republik Polen;
 - b) für ein durch eine öffentliche Einrichtung gewährtes, abgesichertes oder verbürgtes Darlehen jeder Art zur Exportförderung;
 - c) im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstung auf Kredit;

d) im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waren durch ein Unternehmen an ein anderes Unternehmen auf Kredit oder

e) für ein von einer Bank gewährtes Darlehen jeder Art.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines

jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12
Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Die in Absatz 1 genannten Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Diese Bestimmung ist entsprechend auf Vergütungen jeder Art anzuwenden, die für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Namen, Bildern oder sonstigen Persönlichkeitsrechten gezahlt werden, sowie auf Entgelte für die Aufzeichnung der Veranstaltungen von Künstlern und Sportlern durch Rundfunk- und Fernsehanstalten.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für

die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, Anteilen und sonstigen Rechten an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen überwiegend unmittelbar oder mittelbar aus unbeweglichem Vermögen in einem Vertragsstaat oder aus Rechten an diesem unbeweglichen Vermögen besteht, können in diesem Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den vorstehenden Absätzen nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(6) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat während eines Zeitraums von mindestens fünf Jahren ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 5 nicht das Recht des erstgenannten Staates, bei Aktien und Anteilen an Gesellschaften, die im erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person einen Vermögenszuwachs bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. Besteuert der erstgenannte Staat beim Wegzug einer ansässigen natürlichen Person einen Vermögenszuwachs, so wird bei späterer Veräußerung der Aktien oder Anteile, wenn der daraus erzielte Gewinn in dem anderen Staat gemäß Absatz 5 besteuert wird, dieser Staat bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns den Betrag zugrunde legen, den der erstgenannte Staat im Zeitpunkt des Wegzugs als Erlös angenommen hat.

Artikel 14
Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer.

Artikel 15
Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahrs beginnt oder endet, aufhält und

- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 2 gelten nicht für Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person, in diesem Absatz „Arbeitnehmer“ genannt, bezieht und die von einem oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Vertragsstaat ansässig ist, wenn diese Arbeit in dem anderen Staat ausgeübt wird und

- a) der Arbeitnehmer während seiner Beschäftigung auch Dienstleistungen an eine andere Person als den Arbeitgeber erbringt, die die Art der Ausführung dieser Aufgaben unmittelbar oder mittelbar überwacht, und
- b) der Arbeitgeber nicht die Verantwortung oder das Risiko hinsichtlich der Arbeitsergebnisse des Arbeitnehmers trägt.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes im Binnenverkehr ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

(1) Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als bevollmächtigter Vertreter einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln eines oder beider Vertragsstaaten, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer Regierungseinrichtung oder einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird.

Artikel 18

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Zahlungen

(1) Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat erhält, können nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

- (2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.
- (3) Wiederkehrende und nicht wiederkehrende Leistungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung, Verletzungen oder für Schäden erbringt, einschließlich solcher, die als Folge von Kriegshandlungen entstanden sind, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.
- (4) Absatz 3 gilt entsprechend für Leistungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für Verletzungen oder Schäden erbringt, die als Folge des Wehr- oder Zivildienstes, einer medizinischen Behandlung einschließlich einer Impfung, einer Straftat oder ähnlicher Vorkommnisse entstanden sind.
- (5) Unterhaltszahlungen, einschließlich derjenigen für Kinder, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, sind in diesem anderen Staat von der Steuer befreit. Das gilt nicht, soweit die Unterhaltszahlungen im erstgenannten Staat bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Zahlungsverpflichteten abzugsfähig sind; Steuerfreibeträge zur Milderung der sozialen Lasten gelten nicht als Abzug im Sinne dieser Bestimmung.
- (6) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslanglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

Artikel 19
Öffentlicher Dienst

(1)

a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleistete Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

aa) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist; oder

bb) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die eine natürliche Person für das Goethe-Institut Inter Nationes, den Deutschen Akademischen Austauschdienst, Polnische Kulturinstitute oder ähnliche Körperschaften erbracht hat, auf die sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einigen, sofern diese Zahlungen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, besteuert werden.

Artikel 20

Professoren und Forscher

Eine natürliche Person, die sich in einem Vertragsstaat zur Ausübung einer Lehr- oder Forschungstätigkeit an einer Universität, Hochschule oder einer anderen anerkannten Lehr- oder Forschungsrichtung in diesem Vertragsstaat aufhält und im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder unmittelbar vor diesem Aufenthalt ansässig war, ist im erstgenannten Vertragsstaat mit ihren für diese Lehr- oder Forschungstätigkeit bezogenen Vergütungen für höchstens zwei Jahre ab dem Tag ihrer ersten Einreise zu diesem Zweck von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass sie mit diesen Vergütungen im anderen Vertragsstaat besteuert wird.

Artikel 21

Studenten

Zahlungen, die ein Student, ein Auszubildender oder ein Praktikant, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erste-

nannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 22

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(3) Bestehen zwischen der in Absatz 1 genannten ansässigen Person und einer anderen Person oder zwischen beiden von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die in Absatz 1 genannten Einkünfte den Betrag, den sie (möglicherweise) ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 23

Vermögen

- (1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.
- (2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.
- (3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.
- (4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 24

Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

- (1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:
- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden vorbehaltlich des Buchstabens b die Einkünfte aus der Republik Polen sowie die in der Republik Polen gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Republik Polen besteuert werden können.

Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Polen ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und die bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind. Vorstehender Satz gilt nicht für Einkünfte aus Dividenden, die von einer Gesellschaft gezahlt werden, die in der Republik Polen ansässig ist und Anspruch auf die Steuervergünstigung nach dem Gesetz vom 20. Oktober 1994 über die besonderen Wirtschaftszonen in der Republik Polen hat.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die polnische Steuer angerechnet, die nach polnischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen von den nachstehenden Einkünften gezahlt worden ist:

aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a Satz 2 fallen;

bb) Einkünfte, die nach Artikel 11 Absatz 2, Artikel 12 Absatz 2, Artikel 13 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 3, Artikel 16 Absatz 1 und Artikel 17 in der Republik Polen besteuert werden können.

- c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in

dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Republik Polen ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten oder aus unter § 8 Absatz 2 dieses Gesetzes fallenden Beteiligungen bezieht; gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).

- d) Die Bundesrepublik Deutschland behält das Recht, die nach diesem Abkommen von der deutschen Besteuerung ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes für andere Einkünfte und Vermögenswerte zu berücksichtigen.

(2) Bei einer in der Republik Polen ansässigen Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in der Republik Polen ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, so nimmt die Republik Polen, vorbehaltlich des Buchstabens b, diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus. Die Republik Polen kann bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen dieser Person den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn die betreffenden Einkünfte oder das betreffende Vermögen nicht von der Besteuerung ausgenommen wären.
- b) Bezieht eine in der Republik Polen ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so rechnet die Republik Polen auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Einkommensteuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung

ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus der Bundesrepublik Deutschland bezogenen Einkünfte entfällt.

(3) Statt des Absatzes 1 Buchstabe a oder des Absatzes 2 Buchstabe a gelten der Absatz 1 Buchstabe b oder der Absatz 2 Buchstabe b,

- a) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und diese Meinungsverschiedenheit sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 26 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser Meinungsverschiedenheit die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden oder
- b) wenn ein Vertragsstaat nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen seines innerstaatlichen Rechts dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, auf die er den Absatz 1 Buchstabe b oder den Absatz 2 Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Notifikation wird erst am ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussetzungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

Artikel 25

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen aufgrund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 26

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 25 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 27

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel I und 2 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke und mit den von der zuständigen Behörde des übermittelnden Vertragsstaats vorgeschriebenen Einschränkungen verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen, vorausgesetzt, dass die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats keine Einwendungen erhebt. Die Informationen dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats an andere Stellen weitergeleitet werden.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Gewerbe-, Industrie- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche;
- d) Informationen zu erteilen, soweit er der Auffassung ist, dass die Besteuerung im ersuchenden Staat den allgemein anerkannten Grundsätzen der Besteuerung oder den Bestimmungen eines Abkommens widerspricht, das der ersuchte Staat mit dem ersuchenden Staat geschlossen hat;
- e) Informationen zu erteilen, wenn dies dazu führen würde, dass ein Staatsangehöriger des ersuchten Staates und Staatsangehörige des ersuchenden Staates unter den gleichen Verhältnissen nicht gleichbehandelt würden.

Artikel 28

Amtshilfe bei der Beitreibung von Steuern

(1) Die Vertragsstaaten leisten sich gegenseitige Amtshilfe bei der Beitreibung von steuerlichen Ansprüchen. Diese Amtshilfe wird durch die Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie dieser Artikel durchzuführen ist.

(2) Der Begriff „steuerlicher Anspruch“ im Sinne dieses Artikels bedeutet einen Betrag, der im Hinblick auf für Rechnung der Vertragsstaaten oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhobenen Steuern jeder Art und Bezeichnung geschuldet wird, soweit die Besteuerung nach diesem Abkommen oder anderen völkerrechtlichen Übereinkünften, denen die Vertragsstaaten beigetreten sind, nicht entgegensteht sowie mit diesem Betrag zusammenhängenden Zinsen, Geldbußen sowie Kosten der Beitreibung und Sicherung.

(3) Ist der steuerliche Anspruch eines Vertragsstaats nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar und wird er von einer Person geschuldet, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht

dieses Staates die Vollstreckung nicht verhindern kann, wird dieser steuerliche Anspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats für die Zwecke der Beitreibung durch die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats angenommen. Der steuerliche Anspruch wird von dem anderen Staat nach dessen Rechtsvorschriften über die Beitreibung der eigenen Steuern beigetrieben, als handele es sich bei dem steuerlichen Anspruch um einen steuerlichen Anspruch dieses anderen Staates.

(4) Handelt es sich bei dem steuerlichen Anspruch eines Vertragsstaats um einen Anspruch, bei dem dieser Staat nach seinem Recht Sicherungsmaßnahmen einleiten kann, um die Beitreibung sicherzustellen, wird dieser steuerliche Anspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates zum Zwecke der Einleitung von Sicherungsmaßnahmen durch die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats angenommen. Dieser andere Staat leitet in Übereinstimmung mit den eigenen Rechtsvorschriften Sicherungsmaßnahmen in bezug auf diesen steuerlichen Anspruch ein, als wäre der steuerliche Anspruch ein steuerlicher Anspruch dieses anderen Staates, selbst wenn die steuerliche Forderung im Zeitpunkt der Einleitung dieser Maßnahmen in dem erstgenannten Staat nicht vollstreckbar ist oder von einer Person geschuldet wird, die berechtigt ist, die Beitreibung zu verhindern.

(5) Ungeachtet der Bestimmungen der Absätze 3 und 4 unterliegt ein von einem Vertragsstaat für die Zwecke der Absätze 3 und 4 angenommener Anspruch als solcher in diesem Staat nicht den Ausschlussfristen oder den Bestimmungen über vorrangige Behandlung eines steuerlichen Anspruchs nach dem Recht dieses Staates. Auch hat ein steuerlicher Anspruch, der von einem Vertragsstaat für die Zwecke der Absätze 3 und 4 angenommen wurde, in diesem Staat nicht den Vorrang, den dieser steuerliche Anspruch nach dem Recht des anderen Vertragsstaats hat.

(6) Verfahren im Zusammenhang mit dem Bestehen, der Fälligkeit oder der Höhe des steuerlichen Anspruchs eines Vertragsstaats können nur bei den Gerichten oder Verwaltungsorganen dieses Staates eingeleitet werden. Dieser Artikel begründet keinerlei Rechte zur Einleitung solcher Verfahren bei Gerichten oder Verwaltungsorganen des anderen Vertragsstaats.

(7) Verliert der betreffende steuerliche Anspruch, nachdem das Ersuchen eines Vertragsstaats der Absätze 3 und 4 gestellt wurde und bevor der andere Vertragsstaat den betreffenden steuerlichen Anspruch beigetrieben und an den erstgenannten Staat überwiesen hat,

- a) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 3 seine Eigenschaft als steuerlicher Anspruch des erstgenannten Staates, der nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar ist und von einer Person geschuldet wird, die in diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Beitreibung nicht verhindern kann, oder
- b) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 4 seine Eigenschaft als steuerlicher Anspruch des erstgenannten Staates, für den dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Beitreibung erlassen kann,

teilt die zuständige Behörde des erstgenannten Staates dies der zuständigen Behörde des anderen Staates unverzüglich mit und setzt das Ersuchen nach Wahl des anderen Staates aus oder nimmt es zurück.

(8) In keinem Fall sind die Bestimmungen dieses Artikels so auszulegen, als ob ein Vertragsstaat verpflichtet würde,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Maßnahmen durchzuführen, die der öffentlichen Ordnung widersprechen;
- c) Amtshilfe zu leisten, wenn der andere Vertragsstaat nicht alle angemessenen Maßnahmen zur Beitreibung oder Sicherung seines steuerlichen Anspruchs, die nach seinen Gesetzen und seiner Verwaltungspraxis möglich sind, ausgeschöpft hat;
- d) Amtshilfe zu leisten, wenn der Verwaltungsaufwand für diesen Staat im Vergleich zum sich daraus ergebenden Vorteil für den anderen Vertragsstaat unverhältnismäßig hoch ist.

Artikel 29

Erstattung der Abzugsteuern

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen Einkünften bei einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person im Abzugsweg an der Quelle erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des vierten auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugsteuer auf die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.

(3) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Verwaltungsbescheinigung der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats über die Ansässigkeit des Steuerpflichtigen im anderen Vertragsstaat verlangen.

(4) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuervergünstigungen festlegen.

Artikel 30

Anwendung des Abkommens in besonderen Fällen

(1) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es

- a) einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden;

- b) die Bundesrepublik Deutschland, die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes in die Einkünfte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person einzubeziehen sind.

(2) Führen die vorstehenden Bestimmungen zu einer Doppelbesteuerung, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 26 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist, sofern der Fall innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme, die zur Doppelbesteuerung geführt hat, unterbreitet wird.

Artikel 31

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

- (1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.
- (2) Soweit Einkünfte oder Vermögen im Empfangsstaat wegen der den diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer zwischenstaatlicher Übereinkünfte zustehenden steuerlichen Vorrechte nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte und dieses Vermögen dem Entsendestaat zu.
- (3) Ungeachtet der Vorschriften des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung oder einer Ständigen Vertretung eines Vertragsstaats ist, die in einem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat gelegen ist, für Zwecke des Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates oder mit außerhalb dieses Staates gelegenen Vermögen nicht steuerpflichtig ist und
- b) im Entsendestaat den gleichen Verpflichtungen bezüglich der Steuer von ihrem gesamten Einkommen oder vom Vermögen unterworfen ist wie in diesem Staat ansässige Personen.

(4) Das Abkommen gilt nicht für internationale Organisationen, ihre Organe oder Beamten und für Mitglieder einer diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung eines dritten Staates und ihre Angehörigen, die sich in einem Vertragsstaat aufhalten und in keinem der beiden Vertragsstaaten denselben Verpflichtungen in Bezug auf die Steuern vom Einkommen oder vom Vermögen unterliegen wie dort ansässige Personen.

Artikel 32

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in *Warschau* ausgetauscht. Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs zufließen, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;
- b) bei den übrigen Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf die Steuern, die für Steuerjahre ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;

- c) bezüglich des Informationsaustausches nach Artikel 27 ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;
- d) bezüglich der Amtshilfe bei der Beitreibung von Steuern nach Artikel 28, wenn die zuständigen Behörden Einzelheiten, wie Artikel 28 durchzuführen ist, im Wege eines Verständigungsverfahrens nach Artikel 26 schriftlich vereinbart haben.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens treten das Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie die dazugehörigen Protokolle außer Kraft

- a) bei den an der Quelle im Abzugsweg erhobenen Steuern bezüglich der Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Jahres gezahlt werden, das auf das Jahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern bezüglich der Steuern, die für Zeiträume beginnend ab dem 1. Januar des Jahres erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 33 Kündigung

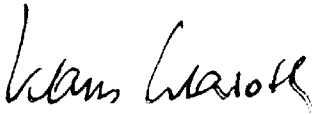
Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen bis sechs Monate vor Ablauf eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Einkommensbeträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs zufließen, das auf das Kündigungsjahr folgt;

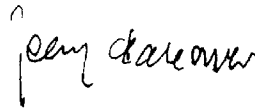
- b) bei den übrigen Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf die Steuern, die für Steuerjahre ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- c) bezüglich des Informationsaustausches nach Artikel 27 und der Amtshilfe bei der Beitreibung von Steuern nach Artikel 28 ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Geschehen zu *Berlin* am *14. Mai 2003* in zwei Urschriften,
jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich
ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland



Für die
Republik Polen



Protokoll

zum

Abkommen

zwischen

der Bundesrepublik Deutschland

und

der Republik Polen

zur

Vermeidung der Doppelbesteuerung auf

dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und

vom Vermögen

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am *14. Mai 2003* in *Berlin* die nachstehenden Bestimmungen vereinbart:

(1) Zu Artikel 7:

- a) Einer Bauausführung oder Montage können in dem Vertragsstaat, in dem die Betriebsstätte liegt, nur die Gewinne aus dieser Tätigkeit selbst zugerechnet werden. Gewinne aus der Lieferung von Waren im Zusammenhang mit oder unabhängig von dieser Tätigkeit durch die Hauptbetriebsstätte oder eine andere Betriebsstätte des Unternehmens oder durch einen Dritten sind dieser Bauausführung oder Montage nicht zuzurechnen.
- b) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person aus Entwicklungs-, Planungs-, Konstruktions- oder Forschungsarbeiten oder aus technischen Dienstleistungen, die in diesem Staat im Zusammenhang mit einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte ausgeübt beziehungsweise erbracht werden, sind dieser Betriebsstätte nicht zuzurechnen.

(2) Zu den Artikeln 10, 11 und 24:

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und

- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners dieser Einkünfte abzugsfähig sind.

Die Bestimmungen von Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe b oder Absatz 2 Buchstabe b sind entsprechend anzuwenden.

(3) Zu Artikel 27:

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften:

- a) Die zuständige Behörde, die die Informationen empfängt, unterrichtet auf Antrag die zuständige Behörde, die die Informationen übermittelte, über deren Verwendung und über die erzielten Ergebnisse.
- b) Die zuständige Behörde, die die Informationen übermittelt, achtet auf deren Richtigkeit sowie auf ihre Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit ihrer Übermittlung verfolgten Zweck. Dabei sind die nach dem innerstaatlichen Recht des jeweiligen Vertragsstaats geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Stellt eine zuständige Behörde fest, dass unrichtige Informationen oder Informationen, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so teilt sie dies der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats unverzüglich mit. Die andere zuständige Behörde ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung dieser Informationen vorzunehmen.
- c) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person zu übermittelnden Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zu dieser Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, richtet sich nach dem nationalen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

- d) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende zuständige Behörde nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde zuständige Behörde verursacht worden ist.
- e) Die übermittelten personenbezogenen Daten sind nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- f) Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen. Diese Akten werden so lange aufbewahrt, wie es das innerstaatliche Recht des jeweiligen Vertragsstaats vorschreibt.
- g) Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

[POLISH TEXT — TEXTE POLONAIS]

Umowa
między
Republiką Federalną Niemiec
a
Rzeczpospolitą Polską
w sprawie unikania podwójnego opodatkowania w zakresie podatków od
dochodu i od majątku

Republika Federalna Niemiec

i

Rzeczpospolita Polska,

pragnąc zawrzeć nową Umowę w sprawie unikania podwójnego opodatkowania w zakresie podatków od dochodu i od majątku,

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

Zakres podmiotowy

Niniejsza Umowa dotyczy osób mających miejsce zamieszkania lub siedzibę w jednym lub w obu Umawiających się Państwach.

Artykuł 2

Podatki, których dotyczy Umowa

(1) Niniejsza Umowa dotyczy podatków od dochodu i od majątku, bez względu na sposób ich poboru, które pobiera się na rzecz Umawiającego się Państwa lub jego jednostek terytorialnych.

(2) Za podatki od dochodu i od majątku uważa się wszystkie podatki, które pobiera się od całego dochodu, od całego majątku albo od części dochodu lub majątku, włączając podatki od zysku z przeniesienia własności majątku ruchomego lub nieruchomego, podatki od ogólnych kwot wynagrodzeń wypłacanych przez przedsiębiorstwa, jak również podatki od przyrostu majątku.

(3) Do aktualnie istniejących podatków, których dotyczy Umowa, należą w szczególności:

a) w Republice Federalnej Niemiec:

aa) podatek dochodowy (Einkommensteuer),

bb) podatek od osób prawnych (Körperschaftsteuer) i

cc) podatek od działalności przemysłowej i handlowej (Gewerbsteuer),

w tym domiary pobierane od każdego z tych podatków,

(zwane dalej „podatkiem niemieckim”);

b) w Rzeczypospolitej Polskiej:

aa) podatek dochodowy od osób fizycznych i

bb) podatek dochodowy od osób prawnych,

(zwane dalej „podatkiem polskim”).

(4) Niniejsza Umowa będzie miała także zastosowanie do wszystkich podatków takiego samego lub w istotnym stopniu podobnego rodzaju, które po podpisaniu niniejszej Umowy będą wprowadzone obok istniejących podatków lub w ich miejsce. Pod koniec każdego roku właściwe organy Umawiających się Państw będą informowały się wzajemnie o zasadniczych zmianach dokonanych w ich ustawach podatkowych.

Artykuł 3

Definicje ogólne

(1) W rozumieniu niniejszej Umowy, jeżeli z kontekstu nie wynika inaczej:

a) wyrażenia „Umawiające się Państwo” i „drugie Umawiające się Państwo” oznaczają odpowiednio Republikę Federalną Niemiec lub Rzeczpospolitą Polską i jeżeli są

zastosowane w sensie geograficznym dla celów niniejszej Umowy - obszar, na terenie którego stosowane jest prawo podatkowe danego państwa;

- b) określenie „osoba” oznacza osobę fizyczną, spółkę oraz każde inne zrzeszenie osób;
- c) określenie „spółka” oznacza osobę prawną lub inną jednostkę, którą dla celów podatkowych traktuje się jako osobę prawną;
- d) określenia „przedsiębiorstwo jednego Umawiającego się Państwa” i „przedsiębiorstwo drugiego Umawiającego się Państwa” oznaczają odpowiednio przedsiębiorstwo prowadzone przez osobę mającą miejsce zamieszkania lub siedzibę w jednym Umawiającym się Państwie lub przedsiębiorstwo prowadzone przez osobę mającą miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie;
- e) określenie „transport międzynarodowy” oznacza wszelki transport statkiem morskim, statkiem powietrznym lub statkiem żeglugi śródlądowej eksploatowanym przez przedsiębiorstwo, którego miejsce faktycznego zarządu znajduje się w Umawiającym się Państwie, z wyjątkiem przypadku, gdy taki statek morski, statek powietrzny lub statek żeglugi śródlądowej jest eksploatowany wyłącznie między miejscami położonymi w drugim Umawiającym się Państwie;
- f) określenie „właściwy organ” oznacza:
 - aa) w przypadku Republiki Federalnej Niemiec - Federalne Ministerstwo Finansów lub organ, któremu przekazało swoje uprawnienia;
 - bb) w przypadku Rzeczypospolitej Polskiej - Ministra Finansów lub jego upoważnionego przedstawiciela.

(2) Przy stosowaniu niniejszej Umowy przez Umawiające się Państwo, jeżeli z kontekstu nie wynika inaczej, każde określenie, które nie zostało w niej zdefiniowane, będzie miało takie znaczenie, jakie przyjmuje się w danym czasie zgodnie z prawem tego Państwa w zakresie

podatków, do których ma zastosowanie niniejsza Umowa, przy czym znaczenie wynikające ze stosowanego ustawodawstwa podatkowego tego Państwa będzie miało pierwszeństwo przed znaczeniem nadanym określeniu przez inne przepisy prawne tego Państwa.

Artykuł 4

Miejsce zamieszkania lub siedziba

(1) W rozumieniu niniejszej Umowy, określenie „osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie” oznacza osobę, która zgodnie z prawem tego Państwa podlega tam opodatkowaniu z uwagi na jej miejsce zamieszkania, miejsce stałego pobytu, miejsce zarządu albo inne kryterium o podobnym charakterze i obejmuje również to Państwo, każdą jego jednostkę terytorialną lub organ lokalny. Jednakże określenie to nie obejmuje osób, które podlegają opodatkowaniu w tym Państwie, w zakresie dochodu osiąganego tylko ze źródeł w tym Państwie lub z tytułu majątku położonego w tym Państwie.

(2) Jeżeli, stosownie do postanowień ustępu 1 niniejszego artykułu, osoba fizyczna ma miejsce zamieszkania w obu Umawiających się Państwach, to jej status określa się według następujących zasad:

- a) osobę uważa się za mającą miejsce zamieszkania w tym Państwie, w którym ma ona stałe miejsce zamieszkania; jeżeli ma ona stałe miejsce zamieszkania w obu Umawiających się Państwach, to uważa się, że ma ona miejsce zamieszkania w tym Państwie, z którym ma ściślejsze powiązania osobiste i gospodarcze (ośrodek interesów życiowych),
- b) jeżeli nie można ustalić, w którym Państwie osoba ma ośrodek interesów życiowych, albo jeżeli nie posiada ona stałego miejsca zamieszkania w żadnym z Państw, to uważa się, że ma ona miejsce zamieszkania w tym Umawiającym się Państwie, w którym zwykle przebywa,

c) jeżeli osoba przebywa zazwyczaj w obu Państwach lub nie przebywa zazwyczaj w żadnym z nich, to uważa się, że ma ona miejsce zamieszkania w tym Państwie, którego jest obywatelem,

d) jeżeli osoba jest obywatelem obydwu Państw lub nie jest obywatelem żadnego z nich, to właściwe organy Umawiających się Państw rozstrzygną tę kwestię w drodze wzajemnego porozumienia.

(3) Jeżeli stosownie do postanowień ustępu 1 niniejszego artykułu osoba nie będąca osobą fizyczną ma siedzibę w obu Umawiających się Państwach, to uważa się, że ma ona siedzibę w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce jej faktycznego zarządu.

(4) Uważa się, że spółka osobowa ma siedzibę w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce jej faktycznego zarządu. Jednakże artykuły od 6 do 23 mają zastosowanie tylko do dochodu lub majątku spółki osobowej, który podlega opodatkowaniu w Umawiającym się Państwie, w którym uważa się, że ma ona siedzibę.

Artykuł 5

Zakład

(1) W rozumieniu niniejszej Umowy określenie „zakład” oznacza stałą placówkę, przez którą całkowicie lub częściowo prowadzona jest działalność przedsiębiorstwa.

(2) Określenie „zakład” obejmuje w szczególności:

- a) miejsce zarządu,
- b) filię,
- c) biuro,
- d) fabrykę,
- e) warsztat i

f) kopalnię, źródło ropy naftowej lub gazu ziemnego, kamieniołom albo inne miejsce wydobywania zasobów naturalnych.

(3) Plac budowy lub prace budowlane albo instalacyjne, stanowią zakład tylko wtedy, jeżeli trwają one dłużej niż dwanaście miesięcy.

(4) Bez względu na poprzednie postanowienia tego artykułu, określenie „zakład” nie obejmuje:

- a) użytkowania placówek, które służą wyłącznie do składowania, wystawiania lub dostarczania dóbr lub towarów należących do przedsiębiorstwa;
- b) utrzymywania zapasów dóbr lub towarów należących do przedsiębiorstwa wyłącznie w celu składowania, wystawiania lub dostarczania;
- c) utrzymywania zapasów dóbr lub towarów należących do przedsiębiorstwa wyłącznie w celu obróbki lub przerobu przez inne przedsiębiorstwo;
- d) utrzymywania stałej placówki wyłącznie w celu zakupu dóbr lub towarów albo zbierania informacji dla przedsiębiorstwa;
- e) utrzymywania stałej placówki wyłącznie w celu prowadzenia dla przedsiębiorstwa jakiegokolwiek innej działalności o charakterze przygotowawczym lub pomocniczym;
- f) utrzymywania stałej placówki wyłącznie w celu prowadzenia któregośkolwiek rodzaju działalności, o których mowa pod literami od a) do e), pod warunkiem jednak, że całkowita działalność stałej placówki, wynikająca z takiego połączenia rodzajów działalności ma charakter przygotowawczy lub pomocniczy.

(5) Jeżeli osoba, z wyjątkiem niezależnego przedstawiciela w rozumieniu ustępu 6, działa w imieniu przedsiębiorstwa oraz posiada i zwyczajowo wykonuje pełnomocnictwo do zawierania umów w Umawiającym się Państwie w imieniu przedsiębiorstwa, to uważa się, że przedsiębiorstwo to, bez względu na postanowienia ustępów 1 i 2 niniejszego artykułu,

posiada zakład w tym Państwie w zakresie prowadzenia każdego rodzaju działalności, który osoba ta podejmuje dla przedsiębiorstwa, chyba że czynności wykonywane przez tę osobę ograniczają się do rodzajów działalności, wymienionych w ustępie 4, które gdyby były wykonywane za pośrednictwem stałej placówki nie powodowałyby uznania tej placówki za zakład na podstawie postanowień tego ustępu.

(6) Nie uważa się, że przedsiębiorstwo posiada zakład w Umawiającym się Państwie tylko z tego powodu, że prowadzi ono w tym Państwie działalność poprzez maklera, komisanta albo innego niezależnego przedstawiciela pod warunkiem, że takie osoby działają w ramach swojej zwykłej działalności.

(7) Fakt, że spółka mająca siedzibę w Umawiającym się Państwie kontroluje lub jest kontrolowana przez spółkę, która ma siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, albo która prowadzi działalność w tym drugim Państwie (przez posiadany tam zakład albo w inny sposób), nie wystarcza, aby którąkolwiek z tych spółek uważać za zakład drugiej spółki.

Artykuł 6

Dochody z majątku nieruchomego

(1) Dochód osiągany przez osobę mającą miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie z majątku nieruchomego (włączając dochód z gospodarstwa rolnego lub leśnego), położonego w drugim Umawiającym się Państwie, może być opodatkowany w tym drugim Państwie.

(2) Określenie „majątek nieruchomy” ma takie znaczenie, jakie nadaje mu prawo tego Umawiającego się Państwa, na terytorium którego dany majątek jest położony. Określenie to obejmuje w każdym przypadku mienie przynależne do majątku nieruchomego, żywy i martwy inwentarz gospodarstw rolnych i leśnych, prawa, do których mają zastosowanie przepisy prawa powszechnego dotyczące nieruchomości gruntowych, prawa użytkowania nieruchomości, jak również prawa do stałych lub zmiennych świadczeń z tytułu eksploatacji

lub prawa do eksploatacji złóż mineralnych, źródeł i innych zasobów naturalnych; statki morskie, statki żeglugi śródlądowej i statki powietrzne nie stanowią majątku nieruchomego.

(3) Postanowienia ustępu 1 niniejszego artykułu stosuje się do dochodu osiągniętego z bezpośredniego użytkowania, najmu, dzierżawy lub innego rodzaju użytkowania majątku nieruchomego.

(4) Postanowienia ustępów 1 i 3 niniejszego artykułu stosuje się również do dochodu z majątku nieruchomego przedsiębiorstwa i do dochodu z majątku nieruchomego służącego do wykonywania wolnego zawodu.

Artykuł 7

Zyski przedsiębiorstw

(1) Zyski przedsiębiorstwa Umawiającego się Państwa podlegają opodatkowaniu tylko w tym Państwie, chyba że przedsiębiorstwo prowadzi działalność gospodarczą w drugim Umawiającym się Państwie poprzez położony tam zakład. Jeżeli przedsiębiorstwo wykonuje działalność w ten sposób, to zyski przedsiębiorstwa mogą być opodatkowane w drugim Państwie, jednak tylko w takiej mierze, w jakiej mogą być przypisane temu zakładowi.

(2) Jeżeli przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa wykonuje działalność w drugim Umawiającym się Państwie poprzez położony tam zakład, to, z zastrzeżeniem postanowień ustępu 3 niniejszego artykułu, w każdym Umawiającym się Państwie należy przypisać temu zakładowi takie zyski, które mógłby on osiągnąć, gdyby wykonywał taką samą lub podobną działalność w takich samych lub podobnych warunkach jako samodzielne przedsiębiorstwo i był całkowicie niezależny w stosunkach z przedsiębiorstwem, którego jest zakładem.

(3) Przy ustalaniu zysków zakładu dopuszcza się odliczanie nakładów ponoszonych dla tego zakładu włącznie z kosztami zarządzania i ogólnymi kosztami administracyjnymi niezależnie od tego, czy powstały w tym Państwie, w którym położony jest zakład, czy gdzie indziej.

(4) Jeżeli w Umawiającym się Państwie istnieje zwyczaj ustalania zysków zakładu przez podział całkowitych zysków przedsiębiorstwa na jego poszczególne części, to postanowienia ustępu 2 niniejszego artykułu nie wykluczają ustalenia przez to Umawiające się Państwo zysku do opodatkowania według zwykle stosowanego podziału; sposób stosowanego podziału zysku musi jednak być taki, żeby wynik był zgodny z zasadami zawartymi w tym artykule.

(5) Zakładowi nie można przypisać zysku tylko z tytułu samego zakupu dóbr lub towarów dla przedsiębiorstwa.

(6) Przy stosowaniu poprzednich ustępów ustalenie zysków zakładu powinno być dokonywane każdego roku w taki sam sposób, chyba że istnieją uzasadnione powody, aby postąpić inaczej.

(7) Jeżeli w zyskach mieszczą się dochody, które zostały odrębnie uregulowane w innych artykułach niniejszej Umowy, to postanowienia tych innych artykułów nie będą naruszane przez postanowienia niniejszego artykułu.

Artykuł 8

Transport międzynarodowy

(1) Zyski osiągane z eksploatacji w transporcie międzynarodowym statków morskich lub statków powietrznych podlegają opodatkowaniu tylko w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

(2) Zyski osiągane z eksploatacji statków żeglugi śródlądowej w transporcie śródlądowym podlegają opodatkowaniu tylko w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

(3) Jeżeli miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa żeglugi morskiej lub przedsiębiorstwa żeglugi śródlądowej znajduje się na pokładzie takiego statku, to uważa się,

ze znajduje się ono w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się port macierzysty takiego statku, a jeżeli statek nie ma portu macierzystego, to w tym Umawiającym się Państwie, w którym osoba eksploatująca statek ma miejsce zamieszkania lub siedzibę.

(4) Postanowienia ustępu 1 niniejszego artykułu stosuje się również do zysków pochodzących z uczestnictwa w umowie poolowej, we wspólnym przedsiębiorstwie lub w międzynarodowym związku eksploatacyjnym.

(5) W rozumieniu niniejszego artykułu do zysków osiąganych z eksploatacji w transporcie międzynarodowym statków morskich lub statków powietrznych zalicza się:

- a) zyski osiągane z dzierżawy statków morskich lub statków powietrznych bez załogi oraz
- b) zyski osiągane z użytkowania, utrzymywania lub wynajmu kontenerów, (włączając przyczepy samochodowe oraz odpowiednie wyposażenie do transportu kontenerów) wykorzystywanych do transportu dóbr lub towarów,

jeżeli taka dzierżawa lub takie użytkowanie, utrzymywanie lub wynajem, stanowi działalność uboczną w stosunku do eksploatacji statków morskich lub powietrznych w transporcie międzynarodowym.

Artykuł 9

Przedsiębiorstwa powiązane

(1) Jeżeli:

- a) przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa uczestniczy bezpośrednio lub pośrednio w zarządzaniu, kontroli lub w kapitale przedsiębiorstwa drugiego Umawiającego się Państwa, albo

- b) te same osoby uczestniczą bezpośrednio lub pośrednio w zarządzaniu, kontroli lub w kapitale przedsiębiorstwa Umawiającego się Państwa i przedsiębiorstwa drugiego Umawiającego się Państwa,

i jeżeli w jednym i w drugim przypadku między dwoma przedsiębiorstwami w zakresie ich stosunków handlowych lub finansowych, zostaną umówione lub narzucone warunki, które różnią się od warunków, które ustaliłyby między sobą niezależne przedsiębiorstwa, wówczas zyski, które osiągnęłyby jedno z przedsiębiorstw bez tych warunków, ale z powodu tych warunków ich nie osiągnęło, mogą być uznane za zyski tego przedsiębiorstwa i odpowiednio opodatkowane.

(2) Jeżeli Umawiające się Państwo włącza do zysków własnego przedsiębiorstwa i odpowiednio opodatkowuje również zyski przedsiębiorstwa drugiego Umawiającego się Państwa, z tytułu których przedsiębiorstwo to zostało opodatkowane w tym drugim Państwie, a zyski w ten sposób połączone są zyskami, które osiągnęłyby przedsiębiorstwo pierwszego Państwa, gdyby warunki ustalone między oboma przedsiębiorstwami były warunkami, które byłyby uzgodnione między przedsiębiorstwami niezależnymi, wtedy to drugie Państwo dokona odpowiedniej korekty kwoty podatku wymierzonego od tych zysków w tym Państwie. Przy ustalaniu takiej korekty będą odpowiednio uwzględnione inne postanowienia niniejszej Umowy, a właściwe organy Umawiających się Państw będą w razie konieczności porozumiewać się ze sobą bezpośrednio.

Artykuł 10

Dywidendy

(1) Dywidendy wypłacane przez spółkę mającą siedzibę w Umawiającym się Państwie osobie mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(2) Jednakże dywidendy takie mogą być opodatkowane także w Umawiającym się Państwie, w którym spółka wypłacająca dywidendy ma swoją siedzibę i zgodnie z prawem tego

Państwa, ale jeżeli osoba uprawniona do dywidend ma miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, to podatek tak wymierzony nie może przekroczyć:

- a) 5 procent kwoty dywidend brutto, jeżeli osobą uprawnioną jest spółka (inna niż spółka osobowa), której bezpośredni udział w kapitale spółki wypłacającej dywidendy wynosi co najmniej 10 procent,
- b) 15 procent kwoty dywidend brutto we wszystkich pozostałych przypadkach.

Postanowienia niniejszego ustępu nie naruszają opodatkowania spółki w odniesieniu do zysków, z których dywidendy są wypłacane.

(3) Określenie „dywidendy” użyte w niniejszym artykule, oznacza dochód z akcji, akcji gratisowych, praw do udziału w zysku, akcji w górnictwie, akcji założycieli lub innych praw, z wyjątkiem wierzytelności, do udziału w zyskach, jak również inny dochód, który według prawa Państwa, w którym spółka wypłacająca dywidendy ma siedzibę, jest pod względem podatkowym traktowany jak dochód z akcji i wypłaty z tytułu świadectw udziałowych w funduszu inwestycyjnym.

(4) Postanowienia ustępów 1 i 2 niniejszego artykułu nie mają zastosowania, jeżeli osoba uprawniona do dywidend, mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, wykonuje w drugim Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się siedziba spółki wypłacającej dywidendy, działalność gospodarczą poprzez zakład w nim położony, bądź wykonuje w tym drugim Państwie wolny zawód w oparciu o położoną w nim stałą placówkę, i gdy udział, z tytułu którego wypłaca się dywidendy, faktycznie wiąże się z działalnością takiego zakładu lub stałej placówki. W takim przypadku stosuje się postanowienia artykułu 7 lub artykułu 14.

(5) Jeżeli spółka, której siedziba znajduje się w Umawiającym się Państwie, osiąga zyski lub dochody z drugiego Umawiającego się Państwa, wówczas to drugie Państwo nie może obciążać podatkiem dywidend wypłacanych przez tę spółkę, z wyjątkiem przypadku, gdy takie dywidendy są wypłacane osobie mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w tym

drugim Państwie lub w przypadku, gdy udział, z tytułu którego dywidendy są wypłacane, faktycznie wiąże się z działalnością zakładu lub stałej placówki położonej w drugim Państwie, ani też obciążać nie wydzielonych zysków spółki podatkiem od nie wydzielonych zysków, nawet kiedy wypłacone dywidendy lub nie wydzielone zyski całkowicie lub częściowo pochodzą z zysków albo dochodów osiągniętych w tym drugim Państwie.

Artykuł 11

Odsetki

(1) Odsetki, które powstają w Umawiającym się Państwie i są wypłacane osobie mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(2) Jednakże takie odsetki mogą być także opodatkowane w Umawiającym się Państwie, w którym powstają i zgodnie z ustawodawstwem tego Państwa, ale jeżeli osoba uprawniona do odsetek ma miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, to podatek w ten sposób ustalony nie może przekroczyć 5 procent kwoty brutto tych odsetek. Właściwe organy Umawiających się Państw rozstrzygną w drodze wzajemnego porozumienia sposób stosowania tego ograniczenia.

(3) Bez względu na postanowienia ustępu 2 niniejszego artykułu, odsetki o których mowa w ustępie 1, podlegają opodatkowaniu tylko w Umawiającym się Państwie, w którym odbiorca odsetek ma miejsce zamieszkania lub siedzibę, jeżeli odbiorca ten jest osobą uprawnioną do odsetek i jeżeli takie odsetki są wypłacane:

- a) Rządowi Republiki Federalnej Niemiec lub Rządowi Rzeczypospolitej Polskiej;
- b) z tytułu jakiegokolwiek rodzaju pożyczki udzielonej, zabezpieczonej lub gwarantowanej przez instytucję publiczną promującą eksport;
- c) w związku ze sprzedażą na kredyt wyposażenia przemysłowego, handlowego lub naukowego;

d) w związku ze sprzedażą na kredyt towarów przez jedno przedsiębiorstwo drugiemu przedsiębiorstwu, lub

e) w związku z jakąkolwiek pożyczką udzieloną przez bank.

(4) Użyte w niniejszym artykule określenie „odsetki” oznacza dochód z wszelkiego rodzaju wierzytelności, zarówno zabezpieczonych jak i nie zabezpieczonych hipoteką lub prawem do uczestniczenia w zyskach dłużnika, a w szczególności dochody z pożyczek rządowych oraz dochody z obligacji lub skryptów dłużnych, włącznie z premiami i nagrodami związanymi z takimi pożyczkami, obligacjami lub skryptami dłużnymi. Opłat karnych z tytułu opóźnionej zapłaty nie uważa się za odsetki w rozumieniu niniejszego artykułu.

(5) Postanowienia ustępów 1, 2 i 3 niniejszego artykułu nie mają zastosowania, jeżeli osoba uprawniona do odsetek mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, prowadzi w drugim Państwie, w którym powstają odsetki, działalność gospodarczą poprzez zakład tam położony, bądź wykonuje wolny zawód w oparciu o stałą placówkę, która jest w nim położona i jeżeli wierzytelność, z tytułu której płacone są odsetki, jest faktycznie związana z takim zakładem lub stałą placówką. W takim przypadku stosuje się postanowienia artykułu 7 lub artykułu 14.

(6) Uważa się, że odsetki powstają w Umawiającym się Państwie, jeżeli płatnikiem jest osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w tym Państwie. Jeżeli jednak osoba wypłacająca odsetki, bez względu na to, czy ma ona miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, posiada w Umawiającym się Państwie zakład lub stałą placówkę, w związku z działalnością których powstało zobowiązanie, z tytułu którego są wypłacane odsetki i zapłata tych odsetek jest pokrywana przez ten zakład lub stałą placówkę, to uważa się, że odsetki takie powstają w Państwie, w którym położony jest zakład lub stała placówka.

(7) Jeżeli w wyniku szczególnych powiązań między płatnikiem a osobą uprawnioną do odsetek lub między nimi a osobą trzecią, kwota odsetek, mających związek z roszczeniem wynikającym z długu, z tytułu którego są wypłacane, przekracza kwotę, którą płatnik i osoba uprawniona do odsetek uzgodniliby bez takich powiązań, wówczas postanowienia tego

artykułu stosuje się tylko do tej ostatniej wymienionej kwoty. W takim przypadku nadwyżka ponad wymienioną kwotę podlega opodatkowaniu zgodnie z ustawodawstwem każdego Umawiającego się Państwa i z uwzględnieniem innych postanowień niniejszej Umowy.

Artykuł 12

Należności licencyjne

(1) Należności licencyjne, powstające w Umawiającym się Państwie i wypłacane osobie mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(2) Jednakże należności licencyjne, o których mowa w ustępie 1 niniejszego artykułu, mogą być także opodatkowane w Umawiającym się Państwie, w którym powstają i zgodnie z jego ustawodawstwem, ale jeżeli osoba uprawniona do należności licencyjnych ma miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, to podatek w ten sposób ustalony nie może przekroczyć 5 procent kwoty brutto należności licencyjnych.

(3) Określenie „należności licencyjne” użyte w niniejszym artykule oznacza wszelkiego rodzaju należności płacone za użytkowanie lub prawo do użytkowania wszelkich praw autorskich do dzieła literackiego, artystycznego lub naukowego, włącznie z filmami dla kin, wszelkiego patentu, znaku towarowego, wzoru lub modelu, planu, tajemnicy technologii lub procesu produkcyjnego lub za użytkowanie lub prawo do użytkowania urządzenia przemysłowego, handlowego lub naukowego lub za informacje dotyczące doświadczenia w dziedzinie przemysłowej, handlowej lub naukowej. Postanowienie to stosuje się odpowiednio do wszelkiego rodzaju wypłat za użytkowanie lub prawo do użytkowania nazwy, zdjęcia lub innych podobnych praw osobistych oraz do wypłat otrzymywanych jako wynagrodzenie za nagranie przez radio lub telewizję występów sportowców lub artystów.

(4) Postanowienia ustępów 1 i 2 niniejszego artykułu nie mają zastosowania, jeżeli osoba uprawniona do należności licencyjnych, mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, prowadzi w drugim Umawiającym się Państwie, z którego pochodzą należności licencyjne, działalność gospodarczą poprzez zakład w nim położony,

bądź wykonuje wolny zawód w oparciu o stałą placówkę tam położoną, a prawa lub majątek, z tytułu których wypłacane są należności licencyjne, faktycznie wiążą się z działalnością tego zakładu lub stałej placówki. W takim przypadku stosuje się postanowienia artykułu 7 lub artykułu 14.

(5) Uważa się, iż należności licencyjne powstają w Umawiającym się Państwie, jeżeli ich płatnikiem jest osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w tym Państwie. Jednakże jeżeli osoba płacząca należności licencyjne, bez względu na to, czy ma ona miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, posiada w Umawiającym się Państwie zakład lub stałą placówkę, w związku z działalnością których powstał obowiązek zapłaty należności licencyjnych, a należności te są pokrywane przez ten zakład lub stałą placówkę, wówczas uważa się, iż należności licencyjne powstają w Państwie, w którym położony jest zakład lub stała placówka.

(6) Jeżeli w wyniku szczególnych powiązań między płatnikiem a osobą uprawnioną do należności licencyjnych lub między nimi a osobą trzecią, kwota należności licencyjnych płaconą za użytkowanie, prawo lub informację, przekracza kwotę, którą płatnik i osoba uprawniona do należności licencyjnych uzgodniliby bez tych powiązań, wówczas postanowienia tego artykułu stosuje się tylko do tej ostatniej wymienionej kwoty. W takim przypadku nadwyżka ponad wymienioną kwotę, podlega opodatkowaniu zgodnie z ustawodawstwem każdego Umawiającego się Państwa i z uwzględnieniem innych postanowień niniejszej Umowy.

Artykuł 13

Zyski z przeniesienia własności majątku

(1) Zyski osiągane przez osobę mającą miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, z przeniesienia własności majątku nieruchomości w rozumieniu artykułu 6 i położonego w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(2) Zyski z przeniesienia własności akcji, udziałów lub innych praw w spółce, której aktywa majątkowe składają się głównie, bezpośrednio lub pośrednio z majątku nieruchomego, położonego w Umawiającym się Państwie lub z praw wchodzących w skład tego majątku nieruchomego, mogą być opodatkowane w tym Państwie.

(3) Zyski z przeniesienia własności majątku ruchomego stanowiącego majątek zakładowy zakładu, który przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa posiada w drugim Umawiającym się Państwie albo z przeniesienia własności mienia ruchomego należącego do stałej placówki, którym osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie dysponuje w drugim Umawiającym się Państwie w celu wykonywania wolnego zawodu, łącznie z zyskami, które pochodzą z przeniesienia własności takiego zakładu (odrębnie albo z całym przedsiębiorstwem) lub takiej stałej placówki, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(4) Zyski osiągnane z przeniesienia własności statków morskich lub statków powietrznych eksploatowanych w transporcie międzynarodowym, statków eksploatowanych w żegludze śródlądowej oraz z przeniesienia własności majątku ruchomego związanego z eksploatacją takich statków morskich, statków powietrznych lub statków żeglugi śródlądowej, podlegają opodatkowaniu tylko w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

(5) Zyski z przeniesienia własności jakiegokolwiek majątku nie wymienionego w powyższych ustępach podlegają opodatkowaniu tylko w tym Umawiającym się Państwie, w którym przenoszący własność ma miejsce zamieszkania lub siedzibę.

(6) W przypadku gdy osoba fizyczna miała miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie przez okres przynajmniej pięciu lat i uzyskała miejsce zamieszkania w drugim Umawiającym się Państwie, ustęp 5 nie narusza prawa pierwszego Państwa do opodatkowania tej osoby fizycznej na podstawie swego wewnętrznego ustawodawstwa z tytułu jakiegokolwiek przyrostu majątku osiągniętego z akcji lub udziałów w spółkach mających siedzibę w pierwszym Umawiającym się Państwie do dnia, kiedy osoba ta przestała

mieć miejsce zamieszkania w tym Państwie. Jeżeli pierwsze z wymienionych Państw opodatkowuje osobę fizyczną mającą tam miejsce zamieszkania z tytułu przyrostu majątku w chwili, gdy osoba ta opuszcza to Państwo, a własność akcji lub udziałów jest następnie przeniesiona i zyski z tego przeniesienia są opodatkowane w drugim Państwie zgodnie z ustępem 5, wówczas to drugie Państwo przyjmuje jako podstawę oszacowania zysku z przeniesienia własności tę kwotę, którą przyjęło pierwsze Państwo jako wpływ w chwili, gdy ta osoba fizyczna opuszczała jego terytorium.

Artykuł 14

Wolne zawody

(1) Dochód, który osoba mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie osiąga z wykonywanego wolnego zawodu albo z innej działalności o samodzielnym charakterze, podlega opodatkowaniu tylko w tym Państwie, chyba że osoba ta dysponuje stałą placówką w drugim Umawiającym się Państwie w celu wykonywania swej działalności. Jeżeli dysponuje ona taką stałą placówką, wówczas dochód może być opodatkowany w drugim Państwie, jednak tylko w takim zakresie, w jakim może być przypisany tej stałej placówce.

(2) Określenie „wolny zawód” obejmuje w szczególności samodzielnie wykonywaną działalność naukową, literacką, artystyczną, wychowawczą lub edukacyjną, jak również samodzielnie wykonywaną działalność lekarzy, adwokatów i radców prawnych, inżynierów, architektów, dentyków, doradców podatkowych i biegłych rewidentów.

Artykuł 15

Praca najemna

(1) Z zastrzeżeniem postanowień artykułów 16, 17, 18 i 19 uposażenia, płace i podobne wynagrodzenia, które osoba mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie otrzymuje z pracy najemnej, podlegają opodatkowaniu tylko w tym Państwie, chyba że praca najemna wykonywana jest w drugim Umawiającym się Państwie. Jeżeli praca jest tak

wykonywana, to otrzymywane za nią wynagrodzenie może być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(2) Bez względu na postanowienia ustępu 1 niniejszego artykułu wynagrodzenie, jakie osoba mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie otrzymuje z pracy najemnej, wykonywanej w drugim Umawiającym się Państwie, podlega opodatkowaniu tylko w pierwszym Państwie jeżeli:

- a) odbiorca przebywa w drugim Państwie przez okres lub okresy nie przekraczające łącznie 183 dni podczas dwunastomiesięcznego okresu, rozpoczynającego się lub kończącego w danym roku podatkowym, i
- b) wynagrodzenie jest wypłacane przez pracodawcę lub w imieniu pracodawcy, który nie ma miejsca zamieszkania lub siedziby w drugim Państwie, i
- c) wynagrodzenie nie jest ponoszone przez zakład lub stałą placówkę, którą pracodawca posiada w drugim Państwie.

(3) Postanowienia ustępu 2 niniejszego artykułu nie mają zastosowania do wynagrodzenia otrzymywanego przez osobę mającą miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie, zwaną w tym ustępie „pracownikiem”, oraz wypłacanego przez lub w imieniu pracodawcy, który nie ma miejsca zamieszkania lub siedziby w drugim Umawiającym się Państwie, jeżeli praca ta wykonywana jest w tym drugim Państwie, i jeżeli:

- a) pracownik wykonuje w ramach pracy najemnej również usługi na rzecz osoby innej niż pracodawca, która kontroluje bezpośrednio lub pośrednio sposób wykonania tych usług, i
- b) pracodawca nie ponosi odpowiedzialności lub ryzyka za skutki pracy wykonanej przez pracownika.

(4) Bez względu na poprzednie postanowienia niniejszego artykułu, wynagrodzenie otrzymywane z pracy najemnej, wykonywanej na pokładzie statku morskiego lub statku

powietrznego eksploatowanego w transporcie międzynarodowym albo na pokładzie statku eksploatowanego w żegludze śródlądowej, może być opodatkowane w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

Artykuł 16

Wynagrodzenia członków rady nadzorczej i zarządu

(1) Wynagrodzenia członków rady nadzorczej lub zarządu i inne podobne płatności, które osoba mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie otrzymuje z tytułu członkostwa w radzie nadzorczej lub zarządzie spółki, mającej siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

(2) Uposażenia, płace i inne podobne wynagrodzenia, które osoba mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie otrzymuje z tytułu pełnienia obowiązków pełnomocnika spółki, mającej siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim Państwie.

Artykuł 17

Artyści i sportowcy

(1) Bez względu na postanowienia artykułów 7, 14 i 15 dochód uzyskany przez osobę mającą miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie z tytułu działalności artystycznej, na przykład artysty scenicznego, filmowego, radiowego lub telewizyjnego, jak też muzyka lub sportowca, z osobiście wykonywanej w tym charakterze działalności w drugim Umawiającym się Państwie, może być opodatkowany w tym drugim Państwie.

(2) Jeżeli dochód, mający związek z osobiście wykonywaną działalnością artysty lub sportowca, nie przypada temu artyście lub sportowcowi lecz innej osobie, to dochód taki bez względu na postanowienia artykułów 7, 14 i 15 może być opodatkowany w tym

Umawiającym się Państwie, w którym działalność tego artysty lub sportowca jest wykonywana.

(3) Postanowienia ustępów 1 i 2 niniejszego artykułu nie mają zastosowania do dochodu osiąganego z działalności artysty lub sportowca w Umawiającym się Państwie, jeżeli pobyt w tym Państwie jest całkowicie lub głównie opłacany z funduszy publicznych jednego lub obu Umawiających się Państw, kraju związkowego, jednostki terytorialnej, organu lokalnego lub instytucji rządowej albo organizacji użyteczności publicznej.

Artykuł 18

Emerytury, renty i inne podobne płatności

(1) Emerytury i podobne świadczenia lub renty otrzymywane przez osobę mającą miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie z drugiego Umawiającego się Państwa, podlegają opodatkowaniu tylko w tym pierwszym Państwie.

(2) Bez względu na postanowienia ustępu 1 niniejszego artykułu płatności otrzymywane przez osobę mającą miejsce zamieszkania w jednym Umawiającym się Państwie z obowiązkowego systemu ubezpieczeń socjalnych drugiego Umawiającego się Państwa, podlegają opodatkowaniu tylko w tym drugim Państwie.

(3) Bez względu na postanowienia ustępu 1 niniejszego artykułu okresowe lub doraźne świadczenia wypłacane przez Umawiające się Państwo lub jego jednostkę terytorialną osobie mającej miejsce zamieszkania w drugim Umawiającym się Państwie, jako odszkodowanie z tytułu prześladowań politycznych, obrażeń lub szkód, w tym poniesionych w wyniku działań wojennych, mogą podlegać opodatkowaniu tylko w pierwszym wymienionym Państwie.

(4) Ustęp 3 stosuje się odpowiednio do świadczeń wypłacanych przez Umawiające się Państwo lub jego jednostkę terytorialną osobie mającej miejsce zamieszkania w drugim Umawiającym się Państwie, jako odszkodowanie z tytułu obrażeń lub szkód, powstałych w

wyniku służby wojskowej lub zastępczej służby wojskowej, w wyniku zabiegu medycznego, włączając szczepienie, w wyniku przestępstwa bądź podobnych faktów.

5) Płatności na utrzymanie, w tym na utrzymanie dzieci, dokonywane przez osobę mającą miejsce zamieszkania w jednym z Umawiających się Państw na rzecz osoby mającej miejsce zamieszkania w drugim Umawiającym się Państwie, są zwolnione z opodatkowania w tym drugim Państwie. Postanowienie to nie ma zastosowania, jeżeli tego rodzaju świadczenia na utrzymanie mogą być odliczone w pierwszym Państwie przy ustalaniu dochodu płatnika podlegającego opodatkowaniu; w rozumieniu tego ustępu nie uznaje się za odliczenie ulg podatkowych przyznawanych w celu złagodzenia obciążeń socjalnych.

(6) Określenie „renta” oznacza kwotę wypłacaną regularnie w ustalonych terminach, dożywotnio lub przez ściśle określony albo możliwy do określenia czas, w wyniku zobowiązania, które przewiduje takie płatności w zamian za spełnione świadczenie dające się wymierzyć w pieniądzu lub w równoważniku pieniężnym.

Artykuł 19 Służba publiczna

(1)

- a) Uposażenia, płace i podobne wynagrodzenia, za wyjątkiem emerytur, wypłacane przez Umawiające się Państwo, jego jednostkę terytorialną lub organ lokalny osobie fizycznej z tytułu usług świadczonych na rzecz tego Państwa, jego jednostki terytorialnej lub organu lokalnego, podlegają opodatkowaniu tylko w tym Państwie.
- b) Jednakże uposażenia, płace i inne podobne wynagrodzenia podlegają opodatkowaniu tylko w drugim Umawiającym się Państwie, jeżeli usługi są świadczone w tym Państwie, a osoba świadcząca te usługi ma miejsce zamieszkania w tym Państwie, która
 - aa) jest obywatelem tego Państwa; lub

bb) nie stała się osobą mającą miejsce zamieszkania w tym Państwie wyłącznie w celu świadczenia tych usług.

(2)

a) Emerytura wypłacana przez lub pochodząca z funduszy utworzonych przez Umawiające się Państwo, jego jednostkę terytorialną lub organ lokalny, osobie fizycznej z tytułu świadczenia usług na rzecz tego Państwa, jego jednostki terytorialnej lub organu lokalnego, podlega opodatkowaniu tylko w tym Państwie.

b) Jednakże taka emerytura podlega opodatkowaniu tylko w drugim Umawiającym się Państwie, jeśli osoba fizyczna jest obywatelem tego Państwa i posiada w nim miejsce zamieszkania.

(3) Postanowienia artykułów 15, 16 i 18 stosuje się do uposażeń, płac i podobnych wynagrodzeń oraz emerytur z tytułu świadczonych usług pozostających w związku z działalnością gospodarczą prowadzoną przez Umawiające się Państwo, jego jednostkę terytorialną lub organ lokalny.

(4) Postanowienia ustępów 1 i 2 niniejszego artykułu stosuje się także do uposażeń, płac i podobnych wynagrodzeń oraz emerytur wypłacanych osobie fizycznej z tytułu usług świadczonych na rzecz Instytutu Goethego Inter Nationes (Goethe-Institut Inter Nationes), Niemieckiej Centrali Wymiany Akademickiej („Deutscher Akademischer Austauschdienst”), Instytutów Kultury Polskiej i podobnych instytucji, które będą uzgodnione przez właściwe organy Umawiających się Państw, z zastrzeżeniem, że takie świadczenia będą podlegały opodatkowaniu w Umawiającym się Państwie, z którego będą wypłacane.

Artykuł 20

Profesorowie i pracownicy naukowo-badawczy

Osoba fizyczna, która przebywa czasowo w jednym Umawiającym się Państwie w celu nauczania lub prowadzenia prac badawczych na uniwersytecie, w szkole wyższej bądź innej

uznanej placówce oświatowej tego Umawiającego się Państwa, a która ma lub bezpośrednio przed tym pobytem miała stałe miejsce zamieszkania w drugim Umawiającym się Państwie, podlega zwolnieniu od opodatkowania w pierwszym wymienionym Państwie z tytułu wynagrodzenia za nauczanie lub prowadzenie prac badawczych przez okres nie przekraczający dwóch lat, licząc od dnia jej pierwszego przyjazdu w tym celu, pod warunkiem, że będzie ona opodatkowana z tytułu takiego wynagrodzenia w drugim Umawiającym się Państwie.

Artykuł 21

Studenci

Świadczenia otrzymywane na utrzymanie, kształcenie lub odbywanie praktyki przez studenta, osobę uczącą się zawodu lub praktykanta, który przebywa w Umawiającym się Państwie wyłącznie w celu kształcenia się, odbywania praktyki lub szkolenia, a który ma lub bezpośrednio przed przybyciem do tego Państwa miał miejsce zamieszkania w drugim Państwie, nie podlegają opodatkowaniu w pierwszym Państwie, jeżeli świadczenia te pochodzą ze źródeł spoza tego Państwa.

Artykuł 22

Inne dochody

(1) Dochody osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, bez względu na to, gdzie są osiągnane, a które nie są objęte postanowieniami poprzednich artykułów niniejszej Umowy, podlegają opodatkowaniu tylko w tym Państwie.

(2) Postanowienia ustępu 1 niniejszego artykułu nie mają zastosowania do dochodów nie będących dochodami z majątku nieruchomości, określonego w artykule 6 ustęp 2, jeżeli osoba osiągająca takie dochody, posiadająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, prowadzi w drugim Umawiającym się Państwie działalność gospodarczą poprzez zakład w nim położony lub wykonuje w tym drugim Państwie wolny zawód w oparciu o stałą placówkę w nim położoną i gdy prawo lub majątek, z tytułu których osiąga dochód, są

faktycznie związane z działalnością takiego zakładu lub stałej placówki. W takim przypadku stosuje się postanowienia artykułu 7 lub artykułu 14.

(3) Jeżeli w wyniku specjalnych powiązań pomiędzy osobą, o której mowa w ustępie 1 niniejszego artykułu, a inną osobą, lub pomiędzy nimi obydwoma a osobą trzecią, kwota dochodu, o której mowa w ustępie 1 niniejszego artykułu, przekracza kwotę, która mogłaby być uzgodniona pomiędzy nimi, gdyby takie powiązania nie istniały, postanowienia tego artykułu mają zastosowanie tylko do ostatniej wymienionej kwoty. W takim przypadku, nadwyżka wypłaty podlega opodatkowaniu zgodnie z prawem każdego z Umawiających się Państw i z uwzględnieniem innych postanowień niniejszej Umowy.

Artykuł 23

Majątek

(1) Majątek nieruchomy w rozumieniu artykułu 6, będący własnością osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, a położony w drugim Umawiającym się Państwie, może być opodatkowany w tym drugim Państwie.

(2) Majątek ruchomy stanowiący majątek zakładowy zakładu, którym przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa dysponuje w drugim Umawiającym się Państwie lub majątek ruchomy należący do stałej placówki, którym osoba, mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie dysponuje w drugim Umawiającym się Państwie w celu wykonywania wolnego zawodu, może być opodatkowany w tym drugim Państwie.

(3) Statki morskie i statki powietrzne eksploatowane w transporcie międzynarodowym oraz statki eksploatowane w żegludze śródlądowej, jak również majątek ruchomy służący do eksploatacji takich statków morskich, statków powietrznych i statków żeglugi śródlądowej, podlega opodatkowaniu tylko w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

(4) Wszelkie inne części majątku osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, podlegają opodatkowaniu tylko w tym Państwie.

Artykuł 24

Metody unikania podwójnego opodatkowania

(1) W przypadku osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Republice Federalnej Niemiec podatek będzie ustalany w następujący sposób:

- a) Jeżeli nie mają zastosowania postanowienia w punkcie b), dochód uzyskiwany w Rzeczypospolitej Polskiej lub mienie położone w Rzeczypospolitej Polskiej, które zgodnie z niniejszą Umową może podlegać opodatkowaniu w Rzeczypospolitej Polskiej, podlega wyłączeniu z podstawy wymiaru podatku niemieckiego.

W przypadku dochodu z dywidend poprzednie postanowienia mają zastosowanie jedynie do takich dywidend, które są płacone spółce (nie włączając spółek osobowych) mającej siedzibę w Republice Federalnej Niemiec przez spółkę mającą siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej, w której co najmniej 10 procent kapitału jest bezpośrednio własnością spółki niemieckiej, a które to dywidendy nie zostały odliczone przy obliczaniu zysków spółki wypłacającej dywidendy. Poprzednie zdanie nie ma zastosowania do dochodu z dywidend wypłacanych przez spółkę mającą siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej, i która jest uprawniona do korzyści w zakresie podatku od dochodu na podstawie ustawy z 20 października 1994 roku o Specjalnych Strefach Ekonomicznych w Rzeczypospolitej Polskiej.

Dla celów podatków od majątku wyłączeniu z podstawy wymiaru podatku niemieckiego podlega również każdy udział, z którego dywidenda w przypadku wypłacenia byłaby wyłączona z podstawy opodatkowania zgodnie z postanowieniami zawartymi w poprzednich zdaniach.

- b) Na poczet niemieckiego podatku od dochodu zalicza się, z uwzględnieniem postanowień niemieckiego prawa o zaliczaniu podatku zagranicznego, podatek polski

zapłacony zgodnie z prawem polskim i zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy od następujących rodzajów dochodu:

- aa) dywidend, innych niż te, o których mowa w literze a) zdanie 2;
 - bb) dochodu, który może być opodatkowany w Rzeczypospolitej Polskiej na podstawie artykułu 11 ustęp 2, artykułu 12 ustęp 2, artykułu 13 ustęp 2, artykułu 15 ustęp 3, artykułu 16 ustęp 1 i artykułu 17.
 - c) Zamiast postanowień litery a), mają zastosowanie postanowienia litery b) do dochodu w rozumieniu artykułów 7 i 10 oraz do majątku stanowiącego podstawę takiego dochodu, chyba że osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Republice Federalnej Niemiec dowiedzie, że wpływy brutto zakładu w roku obrachunkowym, w którym zysk został osiągnięty, lub wpływy brutto spółki mającej siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej w roku obrachunkowym, za który dywidendy zostały rozdzielone, osiągane są wyłącznie lub prawie wyłącznie z działalności objętej paragrafem 8 ustęp 1 pkt. 1 do 6 Niemieckiej Ustawy o zasadach opodatkowania transakcji międzynarodowych („Außensteuergesetz”) lub z udziałów objętych paragrafem 8 ustęp 2 tej Ustawy; to samo ma zastosowanie do majątku nieruchomego służącego zakładowi (artykuł 6 ustęp 4) oraz do zysków z przeniesienia własności takiego majątku nieruchomego (artykuł 13 ustęp 1) oraz do majątku ruchomego stanowiącego majątek zakładowy zakładu (artykuł 13 ustęp 3).
 - d) Republika Federalna Niemiec zastrzega sobie prawo do wzięcia pod uwagę dochodu i majątku wyłączonego z opodatkowania niemieckiego na podstawie niniejszej Umowy, przy ustalaniu stawki podatku od pozostałego dochodu i majątku.
- (2) W przypadku osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej podwójnego opodatkowania unikać się będzie w następujący sposób:
- a) Jeżeli osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej osiąga dochód lub posiada majątek, który zgodnie z postanowieniami niniejszej

Umowy może być opodatkowany w Republice Federalnej Niemiec, wówczas Rzeczpospolita Polska zwolni z uwzględnieniem postanowień litery b) taki dochód lub majątek od opodatkowania. Rzeczpospolita Polska może przy obliczaniu kwoty podatku od pozostałego dochodu lub majątku tej osoby zastosować stawkę podatkową, która byłaby zastosowana, gdyby dochód lub majątek zwolniony od opodatkowania nie podlegał takiemu zwolnieniu,

- b) Jeżeli osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej osiąga części dochodu, które zgodnie z postanowieniami artykułów 10, 11 i 12 mogą być opodatkowane w Republice Federalnej Niemiec, wówczas Rzeczpospolita Polska zezwoli na odliczenie od podatku dochodowego tej osoby kwoty równej podatkowi dochodowemu zapłaconemu w Republice Federalnej Niemiec. Jednakże takie odliczenie nie może przekroczyć tej części podatku, jaka została obliczona przed dokonaniem odliczenia i który odpowiada tej części dochodu, która została osiągnięta w Republice Federalnej Niemiec.

(3) Zamiast postanowień ustępu 1 litera a) lub ustępu 2 litera a) niniejszego artykułu mają zastosowanie zależnie od przypadku postanowienia ustępu 1 litera b) lub ustępu 2 litera b) niniejszego artykułu, jeżeli:

- a) w Umawiających się Państwach dochód lub majątek objęty jest odmiennymi postanowieniami Umowy lub jest przypisany odmiennym osobom (z wyjątkiem osób w rozumieniu artykułu 9), a ta różnica stanowisk nie może być uregulowana zgodnie z procedurą przewidzianą w artykule 26 ustęp 3, i jeżeli w wyniku tych rozbieżności stanowisk dany dochód lub majątek mógłby być nie opodatkowany lub mógłby być opodatkowany według niższej stawki, lub
- b) po przeprowadzeniu właściwych konsultacji i z zastrzeżeniem ograniczeń wynikających z wewnętrznego ustawodawstwa Umawiające się Państwo notyfikuje drugiemu Umawiającemu się Państwu w drodze dyplomatycznej, że zamierza zastosować postanowienia ustępu 1 litera b) lub ustępu 2 litera b) niniejszego artykułu do innych rodzajów dochodu. Notyfikacja będzie miała zastosowanie od pierwszego

dnia roku kalendarzowego następującego po roku, w którym została dokonana, i po spełnieniu wszystkich wymogów prawa Państwa przekazującego notyfikację niezbędnych dla jej wejścia w życie.

Artykuł 25

Równe traktowanie

(1) Obywatele Umawiającego się Państwa nie mogą być poddani w drugim Umawiającym się Państwie ani opodatkowaniu, ani związanym z nim obowiązkom, które są inne lub bardziej uciążliwe, niż opodatkowanie i związane z nim obowiązki, którym są lub mogą być poddani w tych samych okolicznościach obywatele tego drugiego Państwa, a w szczególności w związku z ich miejscem zamieszkania. Niniejsze postanowienie stosuje się również bez względu na postanowienia artykułu 1 w stosunku do osób, które nie mają miejsca zamieszkania lub siedziby w jednym lub obu Umawiających się Państwach.

(2) Bezpaństwowcy, którzy mają miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie, nie będą poddani w żadnym z Umawiających się Państw opodatkowaniu ani związanym z nim obowiązkom, które są inne lub bardziej uciążliwe niż opodatkowanie i związane z nim obowiązki, którym są lub mogą być poddani obywatele danego Państwa w takich samych okolicznościach.

(3) Opodatkowanie zakładu, który przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa posiada w drugim Umawiającym się Państwie, nie może być w tym drugim Państwie mniej korzystne niż opodatkowanie przedsiębiorstw tego drugiego Państwa prowadzących taką samą działalność. Postanowienie to nie może być rozumiane jako zobowiązujące Umawiające się Państwo do udzielenia osobom mającym miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie jakichkolwiek osobistych zwolnień, ulg i obniżek podatkowych z uwagi na stan cywilny lub obciążenia rodzinne, których udziela ono osobom mającym miejsce zamieszkania lub siedzibę na jego terytorium.

(4) Z wyjątkiem przypadków stosowania postanowień artykułu 9 ustęp 1, artykułu 11 ustęp 7 lub artykułu 12 ustęp 6, odsetki, należności licencyjne i inne koszty ponoszone przez przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa na rzecz osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie są odliczane przy określaniu podlegających opodatkowaniu zysków tego przedsiębiorstwa na takich samych warunkach, jakby były one płacone na rzecz osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w tym pierwszym Państwie. Podobnie zobowiązania przedsiębiorstwa Umawiającego się Państwa zaciągnięte wobec osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, są odliczane przy określaniu podlegającego opodatkowaniu majątku tego przedsiębiorstwa na takich samych warunkach, jakby były one zaciągnięte wobec osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w pierwszym wymienionym Państwie.

(5) Przedsiębiorstwa Umawiającego się Państwa, których kapitał należy w całości lub częściowo, albo który jest kontrolowany bezpośrednio lub pośrednio przez jedną lub więcej osób, mających miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, nie mogą być w pierwszym Umawiającym się Państwie poddane opodatkowaniu, ani związanym z nim obowiązkom, które są inne lub bardziej uciążliwe aniżeli opodatkowanie i związane z nim obowiązki, którym są lub mogą być poddane podobne przedsiębiorstwa pierwszego wymienionego Państwa.

(6) Bez względu na postanowienia artykułu 2 postanowienia niniejszego artykułu mają zastosowanie do wszystkich podatków bez względu na ich rodzaj i nazwę.

Artykuł 26

Procedura wzajemnego porozumiewania się

(1) Jeżeli osoba jest zdania, że działania jednego lub obu Umawiających się Państw wprowadziły lub wprowadzą dla niej opodatkowanie, które jest niezgodne z postanowieniami niniejszej Umowy, wówczas może ona niezależnie od środków odwoławczych przewidzianych w prawie wewnętrznym tych Państw, przedstawić swoją sprawę właściwemu organowi tego Państwa, w którym ma ona miejsce zamieszkania lub siedzibę, albo jeżeli w

danej sprawie mają zastosowanie postanowienia artykułu 25 ustęp 1, właściwemu organowi tego Umawiającego się Państwa, którego jest obywatelem. Sprawa musi być przedłożona w ciągu trzech lat, licząc od dnia pierwszego zawiadomienia o działaniu, powodującym opodatkowanie niezgodne z postanowieniami niniejszej Umowy.

(2) Właściwy organ, jeżeli uzna zarzut za uzasadniony i nie może spowodować zadowolającego rozwiązania, podejmie starania, aby przypadek ten uregulować w porozumieniu z właściwym organem drugiego Umawiającego się Państwa, tak aby zapobiec opodatkowaniu niezgodnemu z niniejszą Umową. Każde osiągnięte porozumienie zostanie wprowadzone w życie bez względu na terminy przewidziane przez ustawodawstwo wewnętrzne Umawiających się Państw.

(3) Właściwe organy Umawiających się Państw będą wspólnie czynić starania, aby w drodze wzajemnego porozumienia usuwać trudności lub wątpliwości, które mogą powstać przy interpretacji lub stosowaniu Umowy. Mogą one również porozumiewać się wzajemnie co do sposobu zapobiegania podwójnemu opodatkowaniu w przypadkach, które nie są uregulowane w niniejszej Umowie.

(4) Właściwe organy Umawiających się Państw mogą komunikować się bezpośrednio w celu osiągnięcia porozumienia w sprawach objętych postanowieniami poprzednich ustępów niniejszego artykułu.

Artykuł 27

Wymiana informacji

(1) Właściwe organy Umawiających się Państw będą wymieniały informacje, które są niezbędne do stosowania niniejszej Umowy oraz informacje dotyczące ustawodawstwa wewnętrznego Umawiających się Państw w odniesieniu do podatków bez względu na ich rodzaj i nazwę, które pobierane są na rzecz Umawiających się Państw lub ich jednostek terytorialnych w zakresie, w jakim opodatkowanie przewidziane w tym ustawodawstwie nie

jest sprzeczne z Umową. Wymiana informacji nie jest ograniczona postanowieniami artykułów 1 i 2. Wszelkie informacje uzyskane przez Umawiające się Państwo będą stanowiły tajemnicę na takiej samej zasadzie, jak informacje uzyskane zgodnie z ustawodawstwem wewnętrznym tego Państwa i będą mogły być ujawnione jedynie osobom lub organom (w tym organom sądowym albo administracyjnym) zajmującym się wymiarem lub poborem, egzekucją lub ściąganiem albo rozpatrywaniem odwołań w zakresie podatków wymienionych w zdaniu 1. Takie osoby lub organy będą wykorzystywać informacje wyłącznie w takich celach i z uwzględnieniem ograniczeń ustalonych przez właściwy organ dostarczający dane Umawiającemu się Państwu. Mogą one ujawniać te informacje w jawnym postępowaniu sądowym lub w postanowieniach sądowych pod warunkiem, że właściwy organ drugiego Umawiającego się Państwa nie wniesie żadnego zastrzeżenia. Informacje te mogą być przekazywane innym agendum tylko za uprzednią zgodą właściwego organu drugiego Umawiającego się Państwa.

(2) Ustęp 1 niniejszego artykułu nie może być interpretowany jako zobowiązujący jedno z Umawiających się Państw do:

- a) stosowania środków administracyjnych w celu udzielenia informacji, które są niezgodne z ustawodawstwem lub praktyką administracyjną tego lub drugiego Umawiającego się Państwa,
- b) udzielania informacji, których uzyskanie nie byłoby możliwe na podstawie ustawodawstwa albo w ramach zwykłej praktyki administracyjnej tego lub drugiego Umawiającego się Państwa,
- c) udzielania informacji, które ujawniłyby tajemnicę handlową, gospodarczą, przemysłową lub zawodową albo działalność handlową lub informacji, których udzielanie byłoby sprzeczne z porządkiem publicznym (*ordre public*).

- d) udzielania informacji, o ile uważa ono opodatkowanie w państwie proszącym o udzielenie informacji za sprzeczne z ogólnie uznanymi zasadami opodatkowania lub z postanowieniami jakiegokolwiek umowy, jaką państwo proszone zawarło z państwem proszącym o informację.
- e) udzielania informacji, jeżeli prowadziłyby to do dyskryminacji między obywatelami państwa proszonego a obywatelami państwa proszącego o informacje w takich samych okolicznościach.

Artykuł 28

Pomoc w poborze podatków

(1) Umawiające się Państwa będą udzielały sobie wzajemnie pomocy w egzekucji ich wierzytelności podatkowych. Pomoc ta nie jest ograniczona postanowieniami artykułów 1 i 2. Właściwe organy Umawiających się Państw mogą, w drodze wzajemnego porozumienia ustalić tryb stosowania tego artykułu.

(2) Użyte w tym artykule określenie „wierzytelność podatkowa” oznacza kwotę należną z tytułu podatków bez względu na rodzaj i nazwę, nakładanych w imieniu Umawiających się Państw lub ich jednostek terytorialnych, o ile takie opodatkowanie nie jest sprzeczne z niniejszą Umową lub innym międzynarodowym porozumieniem, którego Umawiające się Państwa są stronami, łącznie z odsetkami, karami administracyjnymi i kosztami egzekucji lub kosztami środków zabezpieczających związanych z taką kwotą.

(3) Jeżeli wierzytelność podatkowa Umawiającego się Państwa, która podlega egzekucji na mocy ustaw tego Państwa i jest należna od osoby, która w danym czasie nie może na mocy tych ustaw przeszkodzić jej egzekucji, to taka wierzytelność podatkowa na wniosek właściwego organu tego Państwa będzie w celu jej egzekucji przyjęta przez właściwy organ drugiego Umawiającego się Państwa. Taka wierzytelność podatkowa będzie ściągana przez to drugie Państwo zgodnie z jego ustawodawstwem stosowanym w zakresie egzekucji i

poboru jego własnych podatków, tak jakby dana wierzytelność podatkowa była wierzytelnością podatkową tego drugiego Państwa.

(4) Jeżeli wierzytelność podatkowa Umawiającego się Państwa jest wierzytelnością, w odniesieniu do której to Państwo może na mocy jego prawa podjąć środki zabezpieczające dla potrzeb jej egzekucji, to na wniosek właściwego organu tego Państwa taka wierzytelność podatkowa będzie przyjęta w celu podjęcia środków zabezpieczających przez właściwy organ drugiego Umawiającego się Państwa. To drugie Państwo podejmie środki zabezpieczające w odniesieniu do wierzytelności podatkowej zgodnie z przepisami jego ustawodawstwa, tak jakby ta wierzytelność podatkowa była wierzytelnością podatkową tego drugiego Państwa, nawet jeżeli w czasie podjęcia takich środków zabezpieczających, wierzytelność podatkowa nie podlega egzekucji w pierwszym wymienionym Państwie lub jeżeli jest należna od osoby, która ma prawo zapobiec egzekucji.

(5) Bez względu na postanowienia ustępów 3 i 4, wierzytelność podatkowa przyjęta przez jedno Umawiające się Państwo w rozumieniu ustępów 3 i 4 nie będzie w tym Państwie podlegać przedawnieniu ani nie przyzna jej się pierwszeństwa stosowanego do wierzytelności podatkowej na mocy ustawodawstwa tego Państwa z uwagi na jej istotę. Ponadto wierzytelność podatkowa przyjęta przez Umawiające się Państwo w rozumieniu ustępów 3 i 4 nie będzie miała żadnego pierwszeństwa w tym Państwie na mocy ustawodawstwa drugiego Umawiającego się Państwa.

(6) Postępowanie odnośnie istnienia, wymagalności lub kwoty wierzytelności podatkowej Umawiającego się Państwa może być prowadzone jedynie przed sądami lub organami administracyjnymi tego Państwa. Żadne postanowienie tego artykułu nie może być rozumiane jako tworzące lub przyznające prawo do wszczęcia postępowania przed jakimkolwiek sądem lub organem administracyjnym drugiego Umawiającego się Państwa.

(7) Jeżeli, w jakimś momencie po przedłożeniu wniosku przez Umawiające się Państwo na podstawie ustępów 3 i 4 i zanim drugie Umawiające się Państwo ściągnęło i przekazało daną wierzytelność podatkową pierwszemu Umawiającemu się Państwu, dana wierzytelność podatkowa przestaje być:

- a) w przypadku wniosku przedłożonego na mocy ustępu 3 - wierzytelnością podatkową pierwszego Umawiającego się Państwa, która podlega egzekucji na mocy ustaw tego Państwa i jest należna od osoby, która w tym czasie nie może na mocy ustawodawstwa tego Państwa zapobiec jego egzekucji, lub
- b) w przypadku wniosku przedłożonego na mocy ustępu 4 - wierzytelnością podatkową pierwszego wymienionego Państwa w odniesieniu do której to Państwo może na podstawie jego ustawodawstwa podjąć środki zabezpieczające w celu zapewnienia jej egzekucji,

to właściwy organ pierwszego wymienionego Państwa niezwłocznie poinformuje o tym fakcie właściwy organ drugiego Państwa i w zależności od decyzji podjętej przez drugie Państwo, pierwsze wymienione Państwo zawiesi lub wycofa swój wniosek.

(8) W żadnym przypadku postanowienia tego artykułu nie mogą być rozumiane jako nakładające na Umawiające się Państwo zobowiązania do:

- a) stosowania środków administracyjnych sprzecznych z ustawodawstwem lub praktyką administracyjną tego lub drugiego Umawiającego się Państwa,
- b) podejmowania działań sprzecznych z porządkiem publicznym (*ordre public*),

- c) udzielania pomocy jeżeli drugie Umawiające się Państwo nie podjęło wszelkich stosownych czynności egzekucyjnych lub zabezpieczających, zależnie od przypadku, na podstawie jego ustawodawstwa lub praktyki administracyjnej,

- d) udzielania pomocy w przypadkach, w których obciążenie administracyjne dla tego Państwa jest wyraźnie nieproporcjonalne do korzyści jakie może z tego odnieść drugie Umawiające się Państwo.

Artykuł 29

Zwrot podatku odliczanego u źródła

- (1) Jeżeli w jednym z Umawiających się Państw podatki od dywidend, odsetek, należności licencyjnych lub innego dochodu są pobierane od osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie poprzez odliczenie u źródła, wówczas prawo pierwszego wymienionego Państwa do stosowania odliczenia podatku według stawki obowiązującej na podstawie przepisów jego prawa wewnętrznego nie jest naruszane przez postanowienia niniejszej Umowy. Podatek w ten sposób odliczony u źródła zwraca się na wniosek podatnika, jeżeli jest on zmniejszony lub zniesiony na mocy niniejszej Umowy.
- (2) Wniosek o zwrot podatku składa się do końca czwartego roku następującego po roku kalendarzowym, w którym podatek potrącony u źródła został naliczony od dywidend, odsetek, należności licencyjnych lub innego dochodu.
- (3) Umawiające się Państwo, w którym powstaje dochód, może zażądać urzędowego potwierdzenia wydanego przez właściwe organy drugiego Umawiającego się Państwa, iż podatnik posiada w tym Państwie miejsce zamieszkania lub siedzibę.

(4) Właściwe organy mogą w drodze wzajemnego porozumienia ustalić sposób wprowadzenia w życie niniejszego artykułu i jeżeli jest to konieczne, mogą ustalić inne procedury wprowadzania w życie ulg podatkowych przewidzianych w niniejszej Umowie.

Artykuł 30

Stosowanie Umowy w szczególnych przypadkach

(1) Niniejsza Umowa nie może być interpretowana w taki sposób, iż oznacza ona, że

- a) uniemożliwia Umawiającemu się Państwu stosowanie przepisów prawa wewnętrznego dotyczących zapobiegania unikaniu lub uchylaniu się od opodatkowania;
- b) uniemożliwia Republice Federalnej Niemiec poddawanie opodatkowaniu kwot, które stanowią dochód osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Republice Federalnej Niemiec na mocy Części 4 Niemieckiej Ustawy o zasadach opodatkowania transakcji międzynarodowych („Außensteuergesetz”).

(2) Jeżeli zastosowanie powyższych postanowień doprowadzi do podwójnego opodatkowania, właściwe organy uzgodnią na podstawie artykułu 26 ustęp 3, w jaki sposób uniknąć podwójnego opodatkowania, jeżeli dany przypadek zostanie przedstawiony w ciągu trzech lat od pierwszego zawiadomienia o działaniu prowadzącym do podwójnego opodatkowania.

Artykuł 31

Członkowie misji dyplomatycznych i przedstawicielstw konsularnych

(1) Niniejsza Umowa nie narusza przywilejów podatkowych, przysługujących misjom dyplomatycznym lub urzędom konsularnym na podstawie ogólnych zasad prawa międzynarodowego lub postanowień umów szczególnych.

(2) O ile ze względu na przywileje podatkowe przysługujące misjom dyplomatycznym lub urzędom konsularnym na podstawie ogólnych zasad prawa międzynarodowego lub postanowień między państwowych umów szczególnych, dochód lub majątek nie jest poddany opodatkowaniu w Państwie przyjmującym, Państwo wysyłające ma prawo do opodatkowania takiego dochodu lub majątku.

(3) Bez względu na postanowienia artykułu 4 osobę fizyczną, która jest członkiem misji dyplomatycznej, urzędu konsularnego lub stałego przedstawicielstwa Umawiającego się Państwa położonych w drugim Umawiającym się Państwie lub w Państwie trzecim, uważa się w rozumieniu niniejszej Umowy, za osobę mającą miejsce zamieszkania w Państwie wysyłającym jeżeli:

- a) zgodnie z prawem międzynarodowym osoba ta nie podlega opodatkowaniu w Państwie przyjmującym, w odniesieniu do dochodu lub majątku pochodzącego ze źródeł położonych poza tym Państwem, oraz
- b) osoba ta podlega w Państwie wysyłającym takim samym zobowiązaniom podatkowym w odniesieniu do całości dochodu lub majątku, jak osoby mające miejsce zamieszkania w tym Państwie.

(4) Niniejsza Umowa nie ma zastosowania do organizacji międzynarodowych, ich organów lub ich funkcjonariuszy oraz do osób, które są członkami misji dyplomatycznych lub urzędów konsularnych Państwa trzeciego jak i do członków ich rodzin, znajdujących się na terenie Umawiającego się Państwa i nie podlegających w żadnym z obu Umawiających się Państw takim samym zobowiązaniom podatkowym w odniesieniu do podatku od dochodu lub majątku, jakim podlegają osoby mające miejsce zamieszkania w tych państwach.

Artykuł 32

Wejście w życie

(1) Umowa niniejsza wymaga ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi możliwie jak najszybciej w *Warszawie* Załączony Protokół stanowi część składową niniejszej Umowy.

(2) Umowa niniejsza wejdzie w życie po upływie jednego miesiąca od daty wymiany dokumentów ratyfikacyjnych i jej postanowienia będą miały zastosowanie:

- a) w odniesieniu do podatków pobieranych u źródła - do kwot dochodu osiągniętego w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym Umowa wejdzie w życie;
- b) w odniesieniu do innych podatków od dochodu i od majątku - do podatków naliczanych za każdy rok podatkowy rozpoczynający się w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym Umowa wejdzie w życie;
- c) w odniesieniu do wymiany informacji na podstawie artykułu 27 - od dnia 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym Umowa wejdzie w życie;
- d) w odniesieniu do pomocy w poborze podatków na podstawie artykułu 28, postanowienia będą miały zastosowanie wtedy, gdy właściwe organy uzgodnią pisemnie w drodze procedury wzajemnego porozumiewania zgodnie z artykułem 26 tryb stosowania artykułu 28.

(3) Z chwilą wejścia w życie niniejszej Umowy, Umowa między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową w sprawie zapobieżenia podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodu i majątku podpisana w Warszawie dnia 18 grudnia 1972 roku, jak i Protokoły do niej załączone, przestaną być stosowane:

- a) w odniesieniu do podatków pobieranych u źródła - do kwot dochodu osiągniętego w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym niniejsza Umowa wejdzie w życie; oraz
- b) w odniesieniu do innych podatków - do podatków naliczanych za każdy rok podatkowy rozpoczynający się w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym niniejsza Umowa wejdzie w życie.

Artykuł 33

Wypowiedzenie

Niniejsza Umowa zostaje zawarta na czas nieokreślony. Każde Umawiające się Państwo może wypowiedzieć Umowę, przekazując drogą dyplomatyczną pisemną notyfikację o wypowiedzeniu, co najmniej sześć miesięcy przed końcem każdego roku kalendarzowego rozpoczynającego się po upływie pięciu lat od daty jej wejścia w życie. W takim wypadku Umowa przestanie obowiązywać:

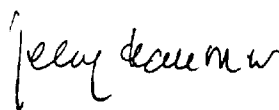
- a) w zakresie podatków pobieranych u źródła - do kwot dochodu osiągniętego w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym została przekazana nota o wypowiedzeniu;
- b) w zakresie innych podatków od dochodu i majątku - do takich podatków naliczanych za każdy rok podatkowy rozpoczynający się w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym została przekazana nota o wypowiedzeniu;
- c) w odniesieniu do wymiany informacji na podstawie artykułu 27 i pomocy w poborze podatków na podstawie artykułu 28 - w dniu 1 stycznia lub po tym dniu w roku kalendarzowym następującym po roku, w którym została przekazana nota o wypowiedzeniu.

Sporządzono w *Berlinie* dnia *14 maja 2003* roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwie teksty mają jednakową moc.

W imieniu
Republiki Federalnej Niemiec



W imieniu
Rzeczypospolitej Polskiej



Protokół
do
Umowy
między
Republiką Federalną Niemiec
a
Rzeczpospolitą Polską
w sprawie unikania podwójnego opodatkowania w zakresie
podatków od
dochodu i od majątku

Republika Federalna Niemiec i Rzeczpospolita Polska uzgodniły przy podpisaniu w *Berlinie* w dniu *14 maja 2003 roku* Umowy między obydwoma Państwami w sprawie unikania podwójnego opodatkowania w zakresie podatków od dochodu i od majątku następujące postanowienia:

(1) W odniesieniu do artykułu 7:

- a) W Umawiającym się Państwie, w którym położony jest zakład, nie przypisuje się zysków placowi budowy lub pracom budowlanym albo instalacyjnym z wyjątkiem zysków, które są wynikiem takiej działalności. Zysków osiągniętych z dostarczania dóbr związanych z taką działalnością lub niezależnie od niej i dokonywanego przez główny zakład lub jakikolwiek zakład przedsiębiorstwa albo przez stronę trzecią, nie przypisuje się placowi budowy lub pracom budowlanym albo instalacyjnym.
- b) Dochód osiągnięty ze wzornictwa, sporządzenia planów, prac inżynierskich lub badawczych albo z usług technicznych, które osoba mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie wykonuje w tym Państwie w związku z zakładem położonym w drugim Umawiającym się Państwie, nie jest przypisywany temu zakładowi.

(2) W odniesieniu do artykułów 10, 11 i 24:

Bez względu na postanowienia artykułów 10 i 11 niniejszej Umowy, dywidendy i odsetki mogą być opodatkowane w Umawiającym się Państwie, w którym powstają, zgodnie z ustawodawstwem tego Państwa:

- a) jeżeli są one osiągnięte z praw lub wierzytelności uprawniających do udziału w zyskach (w tym dochód osiągnięty przez cichego współnika z jego udziału, z udzielonej przez niego pożyczki z prawem udziału w

zyskach i z obligacji z uprawnieniem do udziału w zysku w rozumieniu prawa podatkowego Republiki Federalnej Niemiec), i

- b) pod warunkiem, że podlegają one odliczeniu przy obliczaniu zysków płatnika takiego dochodu.

Postanowienia artykułu 24, ustęp 1 litera b) lub ustęp 2 litera b) będą miały odpowiednio zastosowanie.

(3) W odniesieniu do artykułu 27:

W ramach wymiany danych osobowych na podstawie niniejszej Umowy, zgodnie z przepisami prawa wewnętrznego, uzupełniająco mają zastosowanie następujące postanowienia, z uwzględnieniem przepisów prawa wewnętrznego każdego Umawiającego się Państwa:

- a) Właściwy organ otrzymujący informacje powiadamia na wniosek właściwego organu, który dostarczył informacji, jak informacja została wykorzystana i o osiągniętych wymiarkach.
- b) Właściwy organ przekazujący informacje dba o ich rzetelność, a także o to, by były one niezbędne i współmierne do celów, dla jakich zostały dostarczone. Wszelkie zakazy dotyczące dostarczania informacji zawarte w prawie wewnętrznym danego Umawiającego się Państwa muszą być przestrzegane. Jeżeli właściwy organ stwierdzi, że dostarczył nieprawdziwe informacje, lub informacje, których dostarczenie nie było dozwolone, bezzwłocznie powiadamia o tym właściwy organ drugiego Umawiającego się Państwa. Ten drugi właściwy organ jest zobowiązany do wniesienia odpowiedniej poprawki lub do zniszczenia informacji.

- c) Osobę zainteresowaną powiadamia się na jej wniosek o danych jej dotyczących, które mają być przekazane oraz o sposobie wykorzystania tych danych. Nie ma obowiązku informowania tej osoby w powyższy sposób, jeżeli po rozważeniu sprawy stwierdzi się, że interes publiczny wyrażający się w odstąpieniu od przekazania informacji, przeważa nad interesem osoby zainteresowanej. Prawo osoby zainteresowanej do uzyskania informacji o zgromadzonych danych jej dotyczących jest regulowane przez prawo wewnętrzne Umawiającego się Państwa, na terytorium którego złożona została prośba o uzyskanie informacji.
- d) Jeżeli jakaś osoba dozna niezgodnie z prawem uszczerbku wskutek przekazania informacji na podstawie postanowień niniejszej Umowy, wówczas właściwy organ, który otrzymał te informacje ponosi za to wobec tej osoby odpowiedzialność zgodnie z jego prawem wewnętrznym. W stosunku do osoby poszkodowanej organ ten nie może powoływać się na fakt, iż szkoda została wyrządzona przez właściwy organ, który informacje te przekazał.
- e) Zgodnie z prawem wewnętrznym danego Umawiającego się Państwa, przekazane dane osobowe podlegają zniszczeniu, jak tylko przestaną być niezbędne do osiągnięcia celu, dla którego zostały dostarczone.
- f) Właściwe organy są zobowiązane do zachowania dokumentacji dotyczącej przekazywania i otrzymywania danych osobowych. Taka dokumentacja będzie przechowywana przez okres wymagany przez prawo wewnętrzne danego Umawiającego się Państwa.
- g) Właściwe organy są zobowiązane do podjęcia skutecznych środków w celu ochrony przekazanych danych osobowych przed nieuprawnionym dostępem, nieuprawnioną zmianą lub nieuprawnionym ujawnieniem.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND
THE REPUBLIC OF POLAND FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE
TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND CAPITAL

The Federal Republic of Germany

and

The Republic of Poland

Desiring to conclude a new Agreement on the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital,

Have agreed as follows:

Article 1. Personal Scope

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2. Taxes Covered by the Agreement

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or its territorial entities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) All taxes that are levied on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, payroll taxes paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation shall be considered taxes on income and on capital.

(3) The existing taxes to which this Agreement shall apply are, in particular:

a) in the Federal Republic of Germany:

aa) income tax,

bb) corporation tax, and

cc) business tax,

including the supplements that are levied on each of these taxes

(hereinafter referred to as "German taxes");

b) in the Republic of Poland:

aa) income tax and

bb) corporation tax

(hereinafter referred to as "Polish taxes").

(4) The Agreement shall apply also to any taxes of the same or a substantially similar nature that are imposed after the signing of the Agreement in addition to, or in place of, the

existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other at the end of each year regarding any essential changes that have been made in their tax laws.

Article 3. General Definitions

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires,

a) the terms "a Contracting State" and "the other Contracting State," depending on the context, mean the Federal Republic of Germany or the Republic of Poland and, when used in the geographical sense for the purposes of this Agreement, the territory in which the tax law of the State in question applies;

b) the term "person" means individuals, companies, and all other personal associations;

c) the term "company" shall mean any body corporate or any legal entity that is treated as a body corporate for tax purposes;

d) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State," mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

e) the term "international traffic" means any transport by an oceangoing ship, aircraft, or ship operating in inland waters, that is operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the oceangoing ship, aircraft, or ship operating in inland waters is operated exclusively between places in the other Contracting State;

f) the term "competent authority" shall mean:

aa) in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Finance or the agency to which it has delegated its powers;

bb) in the case of the Republic of Poland, the Finance Minister or his authorized representative.

(2) In the application of the Agreement by a Contracting State, any term not defined in the Agreement shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that State concerning the taxes to which the Agreement applies, the meaning according to the tax law that is applied in that State having precedence over the meaning that the term has according to other laws of this State.

Article 4. Resident

(1) For the purposes of this Agreement, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the law of that State, is liable to taxation therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and it includes both this State and its territorial entities. However, the term does not include any person who is liable to tax in that State with respect to income from sources in that State or capital that is located in that State.

(2) If an individual in accordance with paragraph 1 is a resident of both Contracting States, then the following shall apply:

a) He shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, then he shall be deemed to be a resident of the State in which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

b) If the State in which he has the centre of vital interests cannot be determined, or if he does not have a permanent home available to him in either State, then he shall be deemed to be a resident of the State in which he has an habitual abode;

c) If he has a habitual abode in both States or in neither of them, then he shall be deemed to be a resident in the State of which he is a national;

d) If he is a national of both States or of neither of them, then the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an entity other than an individual is a resident in both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which its place of effective management is situated.

(4) A partnership shall be deemed to be resident in the Contracting State in which the place of its effective management is situated. However, articles 6 to 23 apply only to the income or capital of a partnership that is subject to taxation in the Contracting State in which the partnership is deemed to be a resident.

Article 5. Permanent Establishment

(1) For the purposes of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" includes specifically

a) a place of management,

b) a branch,

c) an office,

d) a factory,

e) a workshop, and

f) a mine, oil or gas deposits, a quarry, or other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it exists for more than 12 months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this article, the term "permanent establishment" shall not be deemed to include

a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display, or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display, or delivery;

c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;

e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;

f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of the activities mentioned under sub-paragraphs a) through e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person—other than an independent agent in the meaning of paragraph 6—is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State the authority to conclude contracts in the name of the enterprise, then that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that Contracting State for all activities that are carried out by the person for the enterprise, unless these activities are limited to those mentioned in paragraph 4, which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that state through a broker, general commission agent, or any other independent agent, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of one Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise) shall not of itself constitute either company into a permanent establishment of the other.

Article 6. Income from Immovable Property

(1) Income derived by a resident of one Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources, and other natural resources; ships, boats, and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or leasing or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7. Business Profits

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principals contained in this article

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are treated in other articles of this Agreement, the provisions of those articles shall not be affected by the provisions of this article.

Article 8. International Transports

(1) Profits from the operation of oceangoing ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) Profits from the operation of ships engaged in inland waters transport shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(3) If the place of effective management of an oceangoing or inland-waterways shipping enterprise is on board a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting

State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

(4) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business, or an international operating agency.

(5) For the purposes of this article, profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall include

a) profits from the chartering of oceangoing ships or aircraft, without crews, and

b) profits from the use, maintenance, or hiring out of containers (including trailers and ancillary equipment used for transporting the containers) which are used for the transport of goods or merchandise,

provided that the chartering or the use, maintenance, or hiring out is attributable to the operation of oceangoing ships or aircraft in international traffic as an additional business.

Article 9. Associated Enterprises

(1) Where

a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control, or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control, or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State-and taxes accordingly-profits which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State, and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Agreement; if necessary, the competent authorities of the Contracting States shall consult each other.

Article 10. Dividends

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, and according to the law of that State; but if

the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 10 percent of the capital of the company paying the dividends;

b) 15 percent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company with respect to the profits from which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this article means income from shares, participation rights or participation right certificates, mining shares, founders' shares, or other rights -- except debt claims--to participate in profits, as well as other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the Company making the distribution is a resident, as well as distributions on certificates of an investment fund or investment trust.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends is a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding for which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In this case, the provisions of article 7 or article 14 shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding for which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or fixed base situated in that other State, nor may it subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11. Interest

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State from which it derives in accordance with the law of this State; however, where the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax may not exceed 5 percent of the total amount of the interest. The competent authorities of the Contracting States shall regulate by mutual consent the manner in which this limiting provision is to be carried out.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, all interest as defined in paragraph 1 may only be taxed in the Contracting State in which the recipient is a resident if the recipient is also the beneficial owner of the interest and if such interest is paid

a) to the Government of the Federal Republic of Germany or to the Government of the Republic of Poland;

b) for a loan of any type that is undertaken for the purposes of export trade and that is guaranteed, secured, or vouched for by a public organization;

c) in connection with the sale of commercial, mercantile, or scientific equipment on credit;

d) in connection with the sale of merchandise by an enterprise to another enterprise on credit, or

e) for a loan of any type that is guaranteed by a bank.

(4) The term "interest" as used in this article means income from debt claims of any kind, even if the debt claims are secured by mortgage or are capitalized with a participation in the profit of the payer, and in particular income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds, or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this article.

(5) The provisions of paragraphs 1, 2, and 3 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident in a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt claim for which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In this case, the provisions of article 7 or article 14 shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. However, where the payer of the interest, irrespective of whether he is a resident in a Contracting State or not, has a permanent establishment or a fixed base in a Contracting State and if the indebtedness on which the interest is paid was incurred for the purposes of the permanent establishment or the fixed base and if the permanent establishment or the fixed base bears the responsibility for the interest, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where between the payer and the beneficial owner or between both of them and a third party there exists special relationship and if therefore the interest, calculated on the debt claims in question, exceeds the amount that the payer and the beneficial owner would have been agreed upon without these relations, then this article shall only be applied to the latter amount. In this case, the excess part of the payments shall remain taxable in accordance with the laws of each Contracting State, due regard being had for the other provisions of this Agreement.

Article 12. Royalties

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable in that other State.

(2) However, the royalties mentioned in paragraph 1 may also be taxed in the Contracting State in which they arise in accordance with the law of that State; nevertheless, if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax may not exceed 5 percent of the total amount of the royalties.

(3) The term "royalties" as used in this article means payments of any kind that are received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic, or scientific works, including cinematograph films, any patent, trademark, design or model, plan, secret formula, or process, or for the use, or the right to use, commercial, mercantile, or scientific equipment, or for the communication of commercial, mercantile, or scientific information. This provision shall apply accordingly to payments of any kind that are received for the use, or for the right to use, names, images, or other personality rights, as well as to compensation for the recording of events of artists and athletes by radio and television broadcasting.

(4) Paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident in one Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property for which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In this case, the provisions of article 7 or article 14 shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State if the payer is a resident in that State. However, if the payer of the royalties, irrespective of whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base and if the obligation to pay the royalties has been incurred for purposes of the permanent establishment or the fixed base, and if the permanent establishment or fixed base bears the responsibility for the royalties, then the royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or the fixed base is situated.

(6) If a special relationship exists between the payer and the beneficial owner or between both of them and a third party, and if therefore the royalties, having regard to the use, right, or information for which they are paid, exceeds the amount that the payer and the beneficial owner would have agreed upon in the absence of such relationship, then the provisions of this article shall only apply to the last-mentioned amount. In this case, the excess part of the payments shall remain taxable in accordance with the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13. Capital Gains

(1) Profits that are accrued by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property, as defined in article 6, that is situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Profits derived from the alienation of stocks, shares, and other rights in a company, the assets of which consist principally directly or indirectly of immovable property in a Contracting State or of rights to this immovable property, may be taxed in that State.

(3) Profits from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains derived from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such a fixed base, may be taxed in the other State.

(4) Gains from the alienation of oceangoing ships or aircraft operated in international traffic, of ships that operate on inland waters, and of movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(5) Gains from the alienation of any property not mentioned in the above paragraphs shall be taxable only in the Contracting State in which the alienator is a resident.

(6) In the case of an individual who is a resident of a Contracting State for at least five years and has become a resident of the other Contracting State, the provisions of paragraph 5 shall not affect the right of the first-mentioned State, with regard to stocks and shares of companies that are residents of the first-mentioned Contracting State, in accordance with its domestic legal provisions, to tax the person's capital gains up to the point of the change in residence. If, when a resident individual removes to another location, the first-mentioned State taxes the capital gains, then in the event of a subsequent alienation of the stocks or shares, if the gains deriving therefrom are taxed in the other State in accordance with paragraph 5, this State in calculating the alienation from the gains shall base its calculations on the amount that the first-mentioned State accepted as the proceeds at the time of the removal.

Article 14. Independent Personal Services

(1) Income derived by a resident of one Contracting State in respect to professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State, unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has available to him such a fixed base, then the income shall be taxable in the other State but only to the extent that it may be attributed to this fixed base.

(2) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational, or teaching activities as well as the independent activities of physicians, attorneys, engineers, architects, dentists, tax consultants, and accountants.

Article 15. Dependent Personal Services

(1) Subject to the provisions of articles 16, 17, 18, and 19, salaries, wages, and other similar remuneration derived by a resident in one Contracting State from dependent personal services shall be taxable only in that State, unless the employment is carried out in the other Contracting State. If the employment is so carried out, then such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State for dependent personal services that are exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State, if

a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any 12-month period commencing or ending in the fiscal year in question, and

b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and

c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) The provisions of paragraph 2 shall not apply to remuneration that a resident in a Contracting State receives, in this paragraph termed "employee," and that is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident in the other Contracting State, if this work is carried out in the other State and

a) the employee during his employment also provides services to another person acting as employer, who directly or indirectly supervises the manner of execution of these tasks, and

b) the employer does not bear the responsibility or the risk with respect to the work results of the employee.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this article, remuneration derived from dependent personal services that are carried out on board a ship in internal waters shall be taxable in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 16. Directors' Fees

(1) Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as member of the supervisory board or of the board of directors of a company that is a resident in the other Contracting State shall be taxable in the other State.

(2) Salaries, wages, and other remuneration derived by a resident of a Contracting State in his capacity as authorized representative of a company that is a resident in the other Contracting State shall be taxable in the other State.

Article 17. Artists and Sportsmen

(1) Notwithstanding the provisions of articles 7, 14, and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an artist, such as theatre, motion picture, radio, or television artists, or as a musician, or as an athlete, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of articles 7, 14, and 15, if income deriving from a personal activity by an artist or athlete in this capacity is provided not to the artist or athlete himself but rather to another person, then this income may be taxed in the Contracting State in which the artist or athlete carried out his activity.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to income from activity carried out by artists or athletes in a Contracting State if the stay in that State entirely or substantially is financed by public funds of one or both Contracting States, one of its federal states or territorial entities, or a governmental agency, or an agency that is recognized as charitable.

Article 18. Pensions, Annuities, and Other Payments

(1) Pensions and similar payments or annuities paid to a resident of a Contracting State from the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, payments that a resident in one Contracting State receives from the statutory social insurance of the other Contracting State may only be taxed in that other State.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, recurrent or non-recurrent payments made by a Contracting State or one of its territorial entities to a resident in the other Contracting State as compensation for political persecution, injury, or for damages, including those that arose as a consequence of acts of war, may be taxed only in the first-mentioned State.

(4) The provisions of paragraph 3 shall apply, *mutatis mutandis*, to payments made by a Contracting State or one of its territorial entities to a resident of the other Contracting State as compensation for injuries or damages that arose as a consequence of military or civil service, medical treatment including vaccination, criminal acts, or other actions.

(5) Maintenance payments, including those for children, made by a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall be exempted from tax in that other Contracting State. This shall not apply where such maintenance payments are deductible in the first-mentioned State in computing the taxable income of the payer; tax allowances in mitigation of social burdens are not deemed to be deductions for the purposes of this paragraph.

(6) The term "annuities" means certain amounts payable periodically at stated times, for life or during a specified or ascertainable period of time, under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money's worth.

Article 19. Government Service

(1)

a) Salaries, wages, and similar remuneration, excepting annuities, paid by a Contracting State or one of its territorial entities to an individual for services performed for this State or territorial entity may only be taxed in that State.

b) Such salaries, wages, and similar remuneration, however, may only be taxed in the other Contracting State if the services are performed in that State and the individual is a resident of that State and

aa) a national of that State; or

bb) did not become a resident in that State solely in order to perform the services.

(2)

a) Pensions paid by a Contracting State or one of its territorial entities or from a special fund set up by that State or its territorial entity to an individual for services performed for that State or territorial entity may only be taxed in that State.

b) These pensions, however, may only be taxed in the other Contracting State if the individual is a resident of that State and a national of that State.

(3) The provisions of articles 15, 16, and 18 shall apply to salaries, wages, and similar remuneration and pensions with respect to services rendered in connection with a business of one Contracting State or of one of its territorial entities.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall apply, *mutatis mutandis*, to salaries, wages, and similar remuneration and pensions for services rendered by an individual for the Goethe Institute Inter Nationes, the German Academic Exchange Service, the Polish Cultural Institute, or similar associations, on which the competent authorities of the Contracting States shall agree, provided that these payments are taxed in the Contracting State in which they arise.

Article 20. Professors and Researchers

An individual sojourning in a Contracting State for carrying out a teaching or research activity in a university, secondary school, or other recognized educational institution in that Contracting State and being a resident in the other Contracting State or having been a resident immediately before this sojourn shall be exempt from taxes in the first-mentioned Contracting State with respect to his remuneration received for this teaching or research activity for a maximum of two years from the day of his first entry for this purpose, provided that he is taxed in the other Contracting State for this remuneration.

Article 21. Students

Payments that a student, apprentice, or a trainee, who is staying in a Contracting State solely for the purpose of studying or training and who is a resident of the other Contracting State or was a resident in that State immediately prior to his entry into the first-mentioned State receives for his maintenance, education, or his training, may not be taxed in the first-mentioned State if these payments arise from sources outside of this State.

Article 22. Other Income

(1) Income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing articles shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to other income other than income from immovable property, as defined in article 6 paragraph 2, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein or performs in that other State independent personal services through a fixed base situated therein, and the right or property

in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In this case, the provisions of article 7 or article 14 shall apply.

(3) If a special relationship exists between the resident mentioned in paragraph 1 and another person or between both of them and a third party and if the income mentioned in paragraph 1 therefore exceeds the amount that they might have agreed to without this relationship, then this article shall apply only to the latter amount. In this case, the excess part of the payments may be taxed according to the law of each Contracting State, due regard being had for the other provisions of this Agreement.

Article 23. Capital

(1) Capital represented by immovable property in the meaning of article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State for the carrying out of independent personal services in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(3) Oceangoing ships and aircraft that are operated in international traffic and ships that operate in inland waters, as well as movable property pertaining to the operation of these ships or aircraft may only be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of the capital of a resident of a Contracting State may only be taxed in that State.

Article 24. Methods to Avoid Double Taxation

(1) In the case of a resident of the Federal Republic of Germany, the tax shall be determined as follows:

a) Unless foreign tax credit is to be allowed under sub-paragraph b), there shall be exempted from the assessment basis of the German tax any item of income arising from the Republic of Poland and any item of capital situated in the Republic of Poland, which according to this Agreement may be taxed in the Republic of Poland.

In the case of items of income derived from dividends, the preceding provision shall apply only to such dividends as are paid to a company (but not to a partnership) that is resident in the Federal Republic of Germany by a company being a resident of the Republic of Poland, at least 10 per cent of the capital of which is owned directly by the German company and which were not deducted when determining the profits of the company distributing these dividends. The preceding sentence shall not apply to income from dividends that are paid by a company that is a resident of the Republic of Poland and that has a claim for preferential tax treatment in accordance with the law of 20 October 1994 regarding the special economic zones in the Republic of Poland.

There shall be exempted from the assessment basis of the German taxes on capital any shareholding the dividends of which, if paid, would be exempted in accordance with the foregoing sentence.

b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against the German tax on income the Polish taxes that have been paid in accordance with Polish law and in conformance with this Agreement on the following items of income:

aa) dividends not dealt with in sub-paragraph a) clause 2;

bb) items of income that may be taxed in the Republic of Poland in accordance with article 11 paragraph 2, article 12 paragraph 2, article 13 paragraph 2, article 15 paragraph 3, article 16 paragraph 1, and article 17.

c) The provisions of sub-paragraph b) shall apply instead of the provisions of sub-paragraph a) to items of income as defined in articles 7 and 10 and to the assets from which such income is derived if the resident of the Federal Republic of Germany cannot prove that the gross income of the permanent establishment in the fiscal year in which the profit has been realized or of the company resident in the Republic of Poland in the fiscal year for which the dividends were paid was derived exclusively or almost exclusively from activities within the meaning of section 8 paragraph 1 numbers 1 to 6 of the German Law on External Tax Relations or from participations within the meaning of section 8 paragraph 2 of that law; the same shall apply to immovable property used by a permanent establishment (article 6 paragraph 4) and to the profits from the alienation of such immovable property (article 13 paragraph 1) and of the movable property forming part of the business property of the permanent establishment (article 13 paragraph 3).

d) The Federal Republic of Germany reserves the right in setting the tax rate for other items of income and capital to take into account the items of income and capital that were exempted from German taxation in accordance with this Agreement.

(2) In the case of a resident of the Republic of Poland, double taxation shall be avoided as follows:

a) If a resident of the Republic of Poland receives income or owns capital, and if this income or this capital may be taxed in the Federal Republic of Germany in accordance with this Agreement, then the Republic of Poland, notwithstanding sub-paragraph b), shall exempt this income or this capital from taxation. The Republic of Poland in setting the tax for the remaining items of income or capital of such person may apply the tax rate that would be applicable if the income or capital in question were not exempted from taxation.

b) If a resident of the Republic of Poland receives income that may be taxed in the Federal Republic of Germany under articles 10, 11, and 12, then the Republic of Poland for the tax to be assessed on the income of such person shall credit the amount that corresponds to the income tax paid in the Federal Republic of Germany. However, the credited amount may not exceed that part of the tax computed before the credit that is apportioned to the income that is received from the Federal Republic of Germany.

(3) Instead of paragraph 1 sub-paragraph a) or paragraph 2 sub-paragraph a), paragraph 1 sub-paragraph b) or paragraph 2 sub-paragraph b) shall apply,

a) if in the Contracting States income or property is allocated to different provisions of the Agreement or is attributed to different persons (other than according to article 9) and these differences of opinion cannot be regulated by a procedure according to article 26 paragraph 3 and if, due to this dispute, the items of income or property in question would remain untaxed or would be taxed insufficiently or

b) if a Contracting State, after appropriate consultation and notwithstanding the limitations of its domestic law, notifies the other Contracting State through diplomatic channels regarding other income to which it is intending to apply paragraph 1 sub-paragraph b) or paragraph 2 sub-paragraph b). The notification shall be effective on the first day of the calendar year that follows the year in which the notification was transmitted and all statutory requirements have been fulfilled in accordance with the domestic law of the notifying State for the effectiveness of the notification.

Article 25. Non-Discrimination

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and the connected requirements to which nationals of that other State are or may be subjected in the same circumstances especially with regard to residence. This provision, notwithstanding the provisions of article 1, shall apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and the connected requirements to which nationals of the State in question are or may be subjected to in the same circumstances.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favorably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs, or reductions for taxation purposes which it grants only to its own residents.

(4) Except where the provisions of article 9 paragraph 1, article 11 paragraph 7, or article 12 paragraph 6 apply, interest, royalties, and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected re-

quirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

6) Notwithstanding the provisions of article 2, this article shall apply to taxes of all types and descriptions.

Article 26. Mutual Agreement Procedure

(1) Where a person considers that actions of one or both Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under article 25 paragraph 1, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Agreement.

(2) The competent authority shall endeavor, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with this Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting State shall endeavor to resolve by mutual agreement any difficulty or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the avoidance of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the meaning of the preceding paragraphs of this article.

Article 27. Exchange of Information

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement or of the domestic laws of the Contracting States concerning taxes of every type and description that are levied on behalf of the Contracting States or their territorial entities, provided the taxation in accordance with this law is not contrary to the Agreement. The exchange of information is not restricted by articles 1 and 2. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to the persons or authorities (including the courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by paragraph 1. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes and subject to the restrictions prescribed by the competent authority of the transmitting Contracting State. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions, provided that the competent authority of the other Contracting State raises no ob-

jections. The information may only be transmitted to other agencies with the prior approval of the competent authority of the other Contracting State.

(2) In no case shall paragraph 1 be construed as to impose on a Contracting State the obligation

a) to carry out administrative measures for the provision of information, which are at variance with the laws and the administrative practice of that or the other Contracting State;

b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or the other Contracting State;

c) to supply information that would disclose any trade, business, industrial, or professional secret or trade process or information the disclosure of which would be contrary to public policy;

d) to supply information provided that it deems the taxation in the requesting State to contradict the generally recognized principles of taxation or the provisions of the Agreement, which the requested State has concluded with the requesting State;

e) to supply information when this would lead to a national of the requested State and nationals of the requesting State not being treated equally under the same circumstances.

Article 28. Administrative Assistance in the Enforced Collection of Taxes

(1) The Contracting States shall furnish each other with mutual administrative assistance in the enforced collection of tax claims. Such administrative assistance shall not be limited by articles 1 and 2. The competent authorities of the Contracting States shall determine through mutual agreement how this article is to be carried out.

(2) The term "tax claim" as used in this article means an amount which is owed with regard to taxes of all types and descriptions that are levied on behalf of the Contracting States or one of their territorial entities, if the taxation is not contrary to this Agreement or to other international agreements to which the Contracting States may be parties, including interest and penalties in connection with this amount as well as costs of collecting and securing.

(3) If the tax claim of a Contracting State is enforceable according to the law of this State and if it is owed by a person who at this point in time cannot prevent the enforcement according to the law of this State, then this tax claim, at the request of the competent authority of this State, shall be accepted by the competent authority of the other Contracting State for the purpose of the enforced collection by the competent authority of the other Contracting State. The tax claim shall be forcibly collected by the other State in accordance with its statutory provisions regarding the enforced collection of its own taxes, as if the tax claim were a tax claim of this other State.

(4) If the tax claim of a Contracting State is a claim in which that State according to its own law may introduce security measures in order to effect the enforced collection, then this tax claim, upon the request of the competent authority of that State, shall be accepted by the competent authority of the other Contracting State for the purpose of introducing security measures. This other State in conformity with its own statutory provisions shall introduce security measures with respect to this tax claim, as if the tax claim were a tax claim

of this other State, even if the tax claim at the point of time of the introduction of this measure in the first-mentioned State is not enforceable or it is owed by a person who is entitled to prevent the enforced collection.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 3 and 4, a claim that is accepted as such by a Contracting State for the purposes of paragraphs 3 and 4 shall not in this State be subjected to the preclusive periods or the provisions regarding the privileged treatment of a tax claim according to the law of this State. In addition, a tax claim that was accepted by a Contracting State for the purposes of paragraphs 3 and 4 does not have the precedence in this State that this tax claim has according to the law of the other Contracting State.

(6) Procedures pertaining to the existence, the due date, or the amount of the tax claim of a Contracting State may only be introduced in the courts or administrative organs of that State. This article does not constitute any rights for introducing such procedures in courts or administrative organs of the other Contracting State.

(7) After the request of a Contracting State regarding paragraphs 3 and 4 has been made and before the other Contracting State has forcibly collected the tax claim in question and sent it to the first-mentioned State, if the tax claim in question,

a) in the case of a request according to paragraph 3, loses its character as a tax claim of the first-mentioned State which is enforceable according to the law of that State and which is owed by a person who at this point in time cannot prevent the enforced collection in accordance with the law of that State, or

b) in the event of a request according to paragraph 4, loses its character as a tax claim of the first-mentioned State, for which this State in accordance with its law may bring about measures for securing the enforced collection,

then the competent authority of the first-mentioned State shall inform the competent authority of the other State without delay thereof and shall suspend the request subject to the decision of the other State or shall withdraw it.

(8) Under no circumstances shall the provisions of this article be construed to mean that a Contracting State is obliged

a) to carry out administrative measures that deviate from the laws and the administrative practice of that or the other Contracting State;

b) to carry out measures that contradict public policy;

c) to render administrative assistance if the other Contracting State has not exhausted all the appropriate measures for the enforced collection or securing of a tax claim that are possible in accordance with its laws and its administrative practice;

d) to render administrative assistance if the administrative expense for that State is disproportionately high in comparison to the advantage that arises for the other Contracting State.

Article 29. Refunding Withholding Taxes

(1) If in one Contracting State the taxes on dividends, interest, royalties, or other income of a resident in the other Contracting State are withheld at the source, the right of the first-mentioned State to withhold taxes at the rate provided by its domestic law shall not be

affected by this Agreement. The tax levied by withholding shall be reimbursed upon the application of the taxpayer, provided that tax shall have been reduced or eliminated by the Agreement.

(2) Applications for reimbursement must be filed before the end of the fourth year following the calendar year in which occurred the assessment of the withholding tax on the dividends, interest, royalties, or other income.

(3) The Contracting State from which the income derives may request an administrative certification of the competent authority of the other Contracting State regarding the residence of the taxpayer in the other Contracting State.

(4) The competent authorities in mutual agreement may regulate the implementation of this article and, if necessary, establish other procedures for carrying out the tax allowances that are provided in the Agreement.

Article 30. Application of the Agreement in Special Cases

(1) This Agreement shall not be construed so as to prevent

a) a Contracting State from applying its domestic statutory provisions for preventing tax evasion or fraud;

b) the Federal Republic of Germany from taxing the amounts that, according to part four of the German Law on External Tax Relations, should be included in the income of a resident of the Federal Republic of Germany.

(2) If the above provisions result in a double taxation, the competent authorities shall consult with each other in accordance with article 26 paragraph 3 as to how to avoid double taxation, provided the case was filed within three years after the first notification of the measure that led to the double taxation.

Article 31. Members of Diplomatic Missions and Consular Posts

(1) This Agreement shall not affect the tax privileges that are due to diplomatic missions and consular posts in accordance with the general rules of international law or based on special agreements.

(2) To the extent that income or capital in the receiving State is not taxed due to the existing tax privileges attending to the diplomatic missions and consular posts in accordance with the general rules of international law or on the basis of special inter-state agreements, the right of taxation on this income and capital is the prerogative of the sending state.

(3) Notwithstanding the provisions of article 4, an individual who is a member of a diplomatic mission, a consular post, or a permanent mission of a Contracting State situated in another Contracting State or in a third State, shall be deemed for purposes of this Agreement a resident of the sending State, if he

a) in accordance with international law in the receiving State, is not liable to taxes on income from sources outside that State or on capital situated outside that State and

b) is subject in the sending State to the same requirements with respect to taxes on his entire income or on capital as residents of this State.

(4) The Agreement shall not apply to international organizations, their organs or officers, or to members and their relatives of a diplomatic mission or consular post of a third State, who are staying in a Contracting State and who in neither of the Contracting States are subject to the same provisions with respect to taxes on income or capital as those residing there.

Article 32. Entry into Force

(1) This Agreement is subject to ratification. The ratification instruments shall be exchanged in Warsaw as soon as possible. The attached Protocol is a component part of this Agreement.

(2) This Agreement shall enter into force one month after the day of the exchange of the ratification instruments, and it is to apply

a) in the case of taxes withheld at the source, to the amounts that accrued on or after January 1 of the calendar year following the year in which the Agreement entered into force;

b) in the case of other taxes on income and capital, to the taxes that are levied for the fiscal year beginning January 1 of the calendar year following the year in which the Agreement entered into force;

c) in the case of the exchange of information in accordance with article 27, beginning January 1 of the calendar year following the year in which the Agreement entered into force;

d) in the case of administrative assistance in the enforced collection of taxes according to article 28, when the competent authorities have agreed in writing concerning details as to the manner in which article 28 is to be executed, in the manner of a procedure of mutual agreement in accordance with article 26.

(3) With the entry into force of this Agreement, the Agreement of 18 December 1972 between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of Poland for the avoidance of double taxation in the area of taxes on income and on capital, as well as the attached protocol, shall cease to have effect

a) in the case of taxes withheld at the source, with respect to amounts paid on or after January 1 of the year following the year in which this Agreement entered into force;

b) in the case of other taxes, with respect to taxes levied for the time period beginning 1 January of the year following the year in which this Agreement entered into force.

Article 33. Termination

This Agreement is concluded for an indefinite period. Each of the Contracting States may terminate this Agreement in writing through diplomatic channels up to six months before the end of any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force. In this case, the Agreement shall cease to apply

a) in the case of taxes withheld at the source, to income that has accrued on or after January 1 of the calendar year following the termination year;

b) in the case of other taxes on income and on capital, to taxes levied for the fiscal year beginning January 1 of the calendar year following the termination year;

c) in the case of the exchange of information according to article 27 and the administrative assistance in the enforced collection of taxes according to article 28, beginning January 1 of the calendar year following the termination year.

Done in Berlin on 14 May 2003 in two original copies, each in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

KLAUS SCHARIOTH

For the Republic of Poland:

JERZY HAUSNER

PROTOCOL TO THE AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE REPUBLIC OF POLAND ON THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION IN THE AREA OF TAXES ON INCOME AND CAPITAL

The Federal Republic of Germany and the Republic of Poland on the occasion of the signing of the Agreement between the two States for the avoidance of double taxation in the area of taxes on income and on capital, have agreed on 14 May 2003 in Berlin as to the following provisions:

(1) Regarding article 7:

a) From a building site or construction or installation project in the Contracting State in which the permanent establishment is situated, only the profits from this activity itself may be attributed. Profits from the delivery of merchandise in connection with, or independent of, this activity by the main permanent establishment or another permanent establishment of the enterprise or by a third party shall not be attributed to this construction site or assembly project.

b) Income of a resident of a Contracting State from development, planning, design, or research work or from technical services that are provided in this State in connection with a permanent establishment situated in the other Contracting State shall not be attributed to this permanent establishment.

(2) Regarding articles 10, 11, and 24:

Notwithstanding the provisions of articles 10 and 11, dividends and interest in the Contracting State in which they arise may be taxed according to the law of that State if they

a) are based on rights or debt claims involving profit participation (including the income of a silent partner from his participation as silent partner or the income from profit participation loans or profit obligations as defined in the tax law of the Federal Republic of Germany) and

b) are deductible in computing the profits of the payer of this income.

The provisions of article 24 paragraph 1 sub-paragraph b) or paragraph 2 sub-paragraph b) are applied accordingly.

(3) Regarding article 27:

If personal data are transmitted based on this Agreement in accordance with the standards of domestic law, the following provisions shall apply as supplement, due regard being had for the domestic statutory provisions that apply for each of the parties to the Treaty:

a) The competent authority that receives the information, upon the request of the competent authority that transmitted the information, shall provide notification regarding its use and the results achieved.

b) The competent authority that transmits the information shall see to its correctness as well as to its necessity and appropriateness with regard to the purpose being pursued in its transmission. In this context, it is necessary to observe the prohibitions on transmission that apply in accordance with the domestic law of the Contracting State in question. If a competent authority determines that incorrect information or information that should not be

transmitted has been transmitted, it shall then without delay inform the competent authority of the other Contracting State thereof. The other competent authority shall be obliged to correct or delete such information.

c) The person in question shall be notified upon request regarding the data to be transmitted concerning him as well as regarding the purpose of the transmission. No obligation for providing this information shall exist if it is deemed that the public interest not to provide the information is greater than the interest of the party in question in the provision of the information. The right of the person in question to be notified regarding the existing data concerning him shall be established by the national law of the Contracting State in whose jurisdiction the information has been sought.

d) If a person suffers damages as a consequence of communications made in the context of data exchange under this Agreement, then the receiving competent authority shall be liable to him therefor in accordance with its domestic law. In relation to the injured party, the competent authority shall not be able to rely for its exoneration on the fact that the damages were caused by the transmitting competent authority.

e) The transmitted personal data must be deleted in accordance with the domestic law of the Contracting State as soon as they are no longer necessary for the purpose for which they were transmitted.

f) The competent authorities shall be obliged to make a documentary record of the transmission and the receipt of personal data. These records shall be preserved for as long as the domestic law of the Contracting State in question prescribes.

g) The competent authorities shall be obliged to effectively protect the transmitted personal data against unauthorized access, unauthorized alteration, and unauthorized disclosure.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA
RÉPUBLIQUE DE POLOGNE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE
IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA
FORTUNE

La République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne,
Désireuses de conclure un nouvel Accord tendant à éviter la double imposition en ma-
tière d'impôts sur le revenu et sur la fortune,
Sont convenues de ce qui suit:

Article premier. Personnes visées

Le présent Accord s'applique aux personnes qui sont résidentes de l'un des États con-
tractants ou des deux.

Article 2. Impôts visés

(1) Le présent Accord s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune prélevés,
quel que soit le mode de perception, pour le compte d'un État contractant ou de l'une de ses
collectivités locales.

(2) Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune tous les impôts perçus
sur le revenu global ou sur la fortune globale ou sur des éléments du revenu ou de la fortune,
y compris les impôts sur les gains provenant de la vente de biens mobiliers ou immobiliers,
les impôts sur les salaires payés par les entreprises ainsi que les impôts sur les plus-values.

(3) Les impôts applicables actuellement dans le cadre du présent Accord sont notam-
ment:

a) En République fédérale d'Allemagne:

- aa) L'impôt sur le revenu (Einkommensteuer)
- bb) L'impôt sur les sociétés (Körperschaftsteuer) et
- cc) La taxe professionnelle (Gewerbesteuer), y compris les centimes addition-
nels prélevés sur chacun de ces impôts

(ci-après dénommés " l'impôt allemand ");

b) En République de Pologne:

- aa) L'impôt sur le revenu et
- bb) L'impôt sur les sociétés (ci-après dénommés " l'impôt polonais ").

(4) Le présent Accord s'applique également à l'ensemble des impôts de nature identi-
que ou dans une large mesure analogues qui pourraient être établis après sa signature ou se
substituer aux impôts existants. Les autorités compétentes des États contractants se com-

muniquent en fin d'année les modifications de fond apportées à leurs législations fiscales respectives.

Article 3. Définitions générales

(1) Aux fins du présent Accord, à moins que le contexte n'appelle une interprétation différente :

a) Les expressions " un État contractant " et " l'autre État contractant " désignent, selon le contexte, la République fédérale d'Allemagne ou la République de Pologne, et quand elles sont employées dans le cadre du présent Accord au sens géographique, elles désignent le territoire sur lequel s'applique le droit fiscal de l'État concerné;

b) Le terme " personne " s'entend des personnes physiques ou morales et de toute association de personnes;

c) Le terme " société " s'entend de toute personne morale ou de toute entité assimilée à une personne morale au regard de l'impôt;

d) Les expressions " entreprise d'un État contractant " et " entreprise de l'autre État contractant " désignent, respectivement, une entreprise exploitée par un résident d'un État contractant et une entreprise exploitée par un résident de l'autre État contractant;

e) L'expression " trafic international " s'entend de tout transport effectué par un navire de mer, un bateau pour la navigation fluviale ou un aéronef exploité par une entreprise dont le siège de direction effective est situé sur le territoire d'un État contractant, sauf lorsque le navire de mer, le bateau pour la navigation fluviale ou l'aéronef n'est exploité qu'entre des points situés dans l'autre État contractant;

f) L'expression " autorité compétente " désigne :

aa) Dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, le ministère fédéral des Finances ou l'autorité à qui il a délégué ses pouvoirs;

bb) Dans le cas de la République de Pologne, le ministre des Finances ou son représentant autorisé.

(3) Aux fins d'application du présent Accord par un État contractant, toute expression ou tout terme qui n'y est pas défini a, à moins que le contexte n'appelle une interprétation différente, le sens que lui attribue alors le code des impôts de cet État auxquels s'applique l'Accord, le sens donné par le code des impôts applicable dans cet État prévalant sur celui attribué à l'expression ou au terme par d'autres lois dudit État.

Article 4. Résident

(1) Aux fins du présent Accord, l'expression " résident d'un État contractant " s'entend de toute personne qui, en vertu de la législation de cet État, y est assujettie à l'impôt en raison de son domicile, de sa résidence permanente, de son siège de direction ou de tout autre critère de nature analogue, et s'entend également de cet État et de ses collectivités territoriales. Toutefois, cette expression ne s'applique pas aux personnes assujetties à l'impôt dans cet État uniquement pour les revenus provenant de sources ou d'éléments de fortune situés dans cet État.

(2) Lorsqu'en vertu des dispositions du paragraphe 1, une personne physique est un résident des deux États contractants, sa situation est réglée de la manière suivante:

a) Cette personne est considérée comme un résident de l'État où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent; si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux États contractants, elle est considérée comme un résident de l'État avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) Si l'État où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut être déterminé ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des deux États, elle est considérée comme un résident de l'État sur le territoire duquel elle séjourne de façon habituelle;

c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux États ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme un résident de l'État dont elle possède la nationalité;

d) Si cette personne possède la nationalité des deux États ou si elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des États contractants règlent la question d'un commun accord.

(3) Lorsqu'en vertu des dispositions du paragraphe 1, une personne autre qu'une personne physique est un résident des deux États contractants, elle est censée résider dans l'État où son siège de direction effective est situé.

(4) Une personne morale est censée résider dans l'État contractant où son siège de direction effective est situé. Les articles 6 à 23 ne s'appliquent toutefois qu'aux revenus ou au patrimoine des sociétés de personnes imposables dans l'État contractant où celles-ci sont censées résider.

Article 5. Établissement stable

(1) Aux fins du présent Accord, l'expression " établissement stable " s'entend d'une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce tout ou partie de son activité.

(2) L'expression " établissement stable " comprend notamment:

- a) Un siège de direction,
- b) Une succursale,
- c) Un bureau,
- d) Une usine,
- e) Un atelier et
- f) Une mine, un gisement de pétrole ou de gaz, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles.

(3) Un chantier de construction ou de montage ne constitue un établissement stable que s'il a une durée supérieure à douze mois.

(4) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article, ne sont pas considérés comme un " établissement stable "

a) Des installations servant uniquement à des fins d'entreposage, d'exposition ou de livraison de biens ou de marchandises appartenant à l'entreprise;

b) Des biens ou des marchandises appartenant à l'entreprise entreposés aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;

c) Des biens ou des marchandises appartenant à l'entreprise entreposés aux seules fins d'être traités ou transformés par une autre entreprise;

d) Une installation fixe d'affaires utilisée aux seules fins d'acheter des biens ou des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;

e) Une installation fixe d'affaires utilisée aux seules fins d'exercer, pour l'entreprise, d'autres activités ayant un caractère préparatoire ou auxiliaire;

f) Une installation fixe d'affaires utilisée aux seules fins d'exercer plusieurs activités visées aux alinéas a) à e) du présent paragraphe, à condition que l'activité globale de la base fixe qui en résulte ait un caractère préparatoire ou auxiliaire.

(5) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article, si une personne autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant visé au paragraphe 6 du présent article agit sur le territoire d'un État contractant pour une entreprise de l'autre État contractant et y possède le pouvoir de conclure à titre habituel des contrats au nom de cette entreprise, ladite entreprise est considérée comme ayant un établissement stable sur le territoire de cet État pour toutes les activités que cette personne exerce, à moins que ces activités ne se limitent à celles qui sont énumérées au paragraphe 4 du présent article et qui, exercées dans une base fixe d'affaires, ne confèreraient pas à cette base fixe le caractère d'un établissement stable au sens dudit paragraphe.

(6) Une entreprise ne sera pas réputée avoir un établissement stable dans un État contractant du seul fait qu'elle y exerce son activité par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, dans la mesure où ces personnes agissent dans le cadre de leur activité professionnelle régulière.

(7) Le fait qu'une société résidente d'un État contractant contrôle ou soit contrôlée par une société résidente de l'autre État contractant ou qui y exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou par un autre moyen) ne suffit pas, en soi, à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

Article 6. Revenus de biens immobiliers

(1) Les revenus qu'un résident d'un État contractant tire de biens immobiliers (y compris les revenus d'exploitations agricoles ou forestières) situés dans un autre État contractant sont imposables sur ce territoire.

(2) L'expression " biens immobiliers " a le sens que lui attribue le droit de l'État contractant dans lequel les biens considérés sont situés. Elle désigne en tout cas les accessoires, le cheptel mort ou vif et l'équipement pour l'exploitation agricole et forestière, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des paiements variables ou fixes au titre de l'exploitation ou de la concession de l'exploitation de gisements minéraux, sources et autres

ressources naturelles; les navires de mer, les bateaux pour la navigation fluviale et les aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers.

(3) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de l'affermage, ainsi que de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers.

(4) Les dispositions des paragraphes 1 et 3 du présent article s'appliquent aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession indépendante.

Article 7. Bénéfices des entreprises

(1) Les bénéfices d'une entreprise d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État, à moins que l'entreprise n'exerce son activité sur le territoire de l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce son activité d'une telle façon, ses bénéfices sont imposables sur le territoire de l'autre État, mais uniquement dans la mesure où ils sont imposables à cet établissement stable.

(2) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article, si une entreprise d'un État contractant exerce son activité dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé à cet établissement stable, dans chaque État contractant, les bénéfices qu'il aurait pu réaliser s'il avait constitué une entreprise distincte exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont elle constitue un établissement stable.

(3) Pour déterminer les bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses engagées pour cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi exposés, soit dans l'État où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.

(4) S'il est d'usage dans un État contractant de déterminer les bénéfices imposables à un établissement stable sur la base d'une répartition de l'ensemble des bénéfices de l'entreprise entre ses diverses parties, aucune disposition du paragraphe 2 du présent article n'empêche cet État contractant de déterminer les bénéfices imposables selon la répartition en usage; la méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes énoncés dans le présent article.

(5) Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable du simple fait que celui-ci a acheté des marchandises pour l'entreprise.

(6) Aux fins de l'application des dispositions des paragraphes 1 à 5 du présent article, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont déterminés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables suffisants de procéder autrement.

(7) Si les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles du présent Accord, les dispositions de ces articles ne sont pas affectées par celles du présent article.

Article 8". Transports internationaux

(1) Les bénéfices provenant de l'exploitation en trafic international de navires ou d'aéronefs ne sont imposables que dans l'État contractant où est situé le siège de direction effective de l'entreprise.

(2) Les bénéfices provenant de l'exploitation de bateaux pour la navigation fluviale ne sont imposables que dans l'État contractant où est situé le siège de direction effective de l'entreprise.

(3) Si le siège de direction effective d'une entreprise de transport maritime ou fluvial est à bord d'un navire ou d'un bateau, ce siège est considéré comme situé dans l'État contractant où se trouve le port d'attache de ce navire ou bateau, ou à défaut le port d'attache dans l'État contractant dont l'exploitant du navire ou du bateau est un résident.

(4) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aussi aux bénéfices provenant de la participation à un pool, à une exploitation en commun ou à un organisme international d'exploitation.

(5) Aux fins du présent article, les bénéfices provenant de l'exploitation de navires ou d'aéronefs en trafic international incluent:

a) Les bénéfices provenant de la location de navires ou d'aéronefs coque nue et

b) Les bénéfices provenant de l'utilisation, de l'entretien ou de la location de conteneurs (y compris les remorques et le matériel pour le transport de conteneurs) utilisés pour le transport de biens ou de marchandises,

lorsque ladite location ou utilisation, ou ledit entretien, selon le cas, est dû à l'exploitation à titre d'activité accessoire de navires ou d'aéronefs en trafic international.

Article 9. Entreprises associées

(1) Si

a) Une entreprise d'un État contractant participe, directement ou indirectement, à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre État contractant ou que

b) Les mêmes personnes participent, directement ou indirectement, à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise d'un État contractant et d'une entreprise de l'autre État contractant,

et que, dans l'un et l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions convenues ou imposées qui diffèrent de celles qui seraient convenues entre des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, sans ces conditions, auraient été réalisés par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et être imposés en conséquence.

(2) Lorsqu'un État contractant inclut dans les bénéfices d'une entreprise de cet État et impose en conséquence des bénéfices sur lesquels une entreprise de l'autre État contractant a été imposée dans cet autre État, et que les bénéfices ainsi inclus sont des bénéfices qui auraient été réalisés par l'entreprise du premier État si les conditions convenues entre les deux entreprises avaient été celles qui auraient été convenues entre des entreprises indépen-

dantes, l'autre État procède à un ajustement approprié du montant de l'impôt qui y a été perçu sur ces bénéfices. Pour déterminer cet ajustement, il est tenu compte des autres dispositions du présent Accord et, si nécessaire, les autorités compétentes des États contractants se consultent.

Article 10. Dividendes

(1) Les dividendes payés par une société qui est un résident d'un État contractant à un résident de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

(2) Toutefois, ces dividendes sont aussi imposables dans l'État contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident et selon la législation de cet État; mais si le bénéficiaire effectif des dividendes est un résident de l'autre État contractant, l'impôt ainsi établi ne peut dépasser:

a) 5 % du montant brut des dividendes si le bénéficiaire effectif est une société (autre qu'une société de personnes) qui détient directement au moins 10 % du capital de la société qui paie les dividendes;

b) 15 % du montant brut des dividendes dans tous les autres cas.

Le présent paragraphe n'affecte en rien l'imposition de la société au titre des bénéfices qui servent au paiement des dividendes.

(3) Le terme " dividendes " employé dans le présent article désigne les revenus provenant d'actions, de bons de jouissance ou de titres participatifs, parts de mine, parts de fondateur ou autres parts bénéficiaires, à l'exception des créances, ainsi que les revenus divers que la législation de l'État dans lequel la société distributrice réside assimile à des revenus d'actions, et enfin les distributions se rapportant à des parts de fonds de placement.

(4) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant dont la société distribuant les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par Y intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, selon le cas, sont applicables.

(5) Lorsqu'une société qui est un résident d'un État contractant tire des bénéfices ou des revenus de l'autre État contractant, cet autre État ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société, sauf si ces dividendes sont payés à un résident de cet autre État ou que la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe situé dans cet autre État, ni prélever aucun impôt au titre de l'imposition des bénéfices non distribués, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre État.

Article 11. Intérêts

(1) Les intérêts provenant d'un État contractant et payés à un résident de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

(2) Toutefois, ces intérêts sont, conformément à la législation de cet État, eux-mêmes imposables dans l'État contractant d'où ils proviennent; mais si le bénéficiaire effectif de ces intérêts est un résident de l'autre État contractant, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 5 % du montant brut des intérêts. Les autorités compétentes des États contractants conviennent d'un commun accord des modalités d'application de cette limite.

(3) Nonobstant les dispositions du paragraphe 2, les intérêts visés au paragraphe 1 ne sont imposables que dans l'État contractant dont le bénéficiaire est un résident si ce dernier est le bénéficiaire effectif desdits intérêts et si ces intérêts sont payés

a) Au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ou au Gouvernement de la République de Pologne;

b) Sur un prêt quel qu'il soit qui est accordé, assuré ou garanti par un organisme public dans le but de promouvoir les exportations;

c) En relation avec la vente à crédit d'équipements industriels, commerciaux ou scientifiques;

d) En rapport avec la vente à crédit de marchandises par une entreprise à une autre ou

e) Sur un prêt de quelque nature que ce soit accordé par une banque.

(4) Le terme " intérêts " employé dans le présent article désigne les revenus de créances de toute nature, assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices du débiteur, et notamment les revenus d'emprunts publics et d'obligations, y compris les primes et les lots attachés à ces titres. Les pénalités de retard en cas de non-paiement à l'échéance ne sont pas considérées comme des intérêts au sens du présent article.

(5) Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3 du présent article ne s'appliquent pas si le bénéficiaire effectif des intérêts, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant d'où proviennent les intérêts, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, selon le cas, sont applicables.

(6) Les intérêts sont réputés provenir d'un État contractant lorsque le débiteur est un résident de cet État. Toutefois, si le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable ou une base fixe pour lesquels la dette donnant lieu au paiement des intérêts a été contractée et qui supportent la charge de ces intérêts, ceux-ci sont considérés comme provenant de l'État où l'établissement stable ou la base fixe est situé.

(7) Si, en raison de relations spéciales entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou entre l'un et l'autre et des tiers, le montant des intérêts, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont payés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable

selon la législation de chaque État contractant et compte tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 12. Redevances

(1) Les redevances provenant d'un État contractant et payées à un résident de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

(2) Toutefois, les redevances visées au paragraphe premier sont, conformément à la législation de cet État, également imposables dans l'État contractant d'où elles proviennent; mais si le bénéficiaire effectif de ces redevances est un résident de l'autre État contractant, l'impôt ainsi exigé ne peut excéder 5 % du montant brut des redevances.

(3) Le terme " redevances " employé dans le présent article désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une oeuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques ou les films, les brevets, marques de fabrique, dessins ou modèles, plans, formules ou procédés secrets, ou pour l'usage ou la concession de l'usage des équipements industriels, commerciaux ou scientifiques ou pour des installations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique. Cette disposition s'applique par analogie aux rémunérations de toute nature payées en contrepartie de l'usage ou de la concession de l'usage d'un nom, d'une image ou de tous autres droits attachés à la personne, ainsi que les rémunérations payées par la radio ou la télévision au titre de l'enregistrement d'un artiste du spectacle ou d'un sportif.

(4) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne s'appliquent pas si le bénéficiaire effectif des redevances, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant d'où proviennent les redevances, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des redevances se rattache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. En un cas de ce genre, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14 sont, selon le cas de figure, applicables.

(5) Les redevances sont censées provenir d'un État contractant lorsque le débiteur est un résident de cet État. Toutefois, si le débiteur des redevances, qu'il soit ou non résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable ou une base fixe en relation avec lesquels a été contractée l'obligation de paiement des redevances et qui supportent la charge de ces redevances, celles-ci sont considérées comme provenant de l'État où l'établissement stable ou la base fixe est situé.

(6) Si, en raison de relations spéciales existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou entre l'un et l'autre et des tiers, le montant des redevances, compte tenu de la prestation pour laquelle ils sont payés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque État contractant et compte tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 13. Gains en capital

(1) Les revenus qu'un résident d'un État contractant tire de l'aliénation de biens immobiliers au sens de l'article 6 situés dans un autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

(2) Les gains provenant de l'aliénation d'actions ou de droits analogues dans une société dont l'actif est principalement composé, directement ou indirectement, de biens immobiliers situés dans un État contractant, ou de droits sur lesdits biens sont imposables dans cet État.

(3) Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant ou de biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un État contractant dispose dans l'autre État contractant pour exercer une profession indépendante, y compris ceux provenant de l'aliénation de cet établissement stable (seuls ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre État.

(4) Les gains provenant de l'aliénation de navires ou d'aéronefs exploités en trafic international, de bateaux servant à la navigation fluviale ou de biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires, aéronefs ou bateaux, ne sont imposables que dans l'État contractant où est situé le siège de direction effective de l'entreprise.

(5) Les gains provenant de l'aliénation de tout bien autre que ceux visés aux paragraphes 1 à 4 ne sont imposables que dans l'État contractant dont le cédant est un résident.

(6) Lorsqu'une personne physique a été un résident d'un État contractant pendant plus de cinq ans et est devenue un résident de l'autre État contractant, les dispositions du paragraphe 5 ne portent pas atteinte au droit du premier État contractant de prélever, conformément à sa législation nationale, un impôt sur les plus-values d'actions de sociétés résidentes du premier État contractant réalisées par la personne physique en question avant son changement de domicile. Si le premier État taxe les plus-values financières réalisées après qu'une personne physique résidente a changé de domicile et qu'en cas de vente ultérieure des actions ou des parts, le bénéfice qui en résulte est, conformément au paragraphe 5, imposé dans l'autre État, ce dernier prendra, comme base de calcul pour déterminer la plus-value découlant de la vente, le montant admis par le premier État au titre de plus-value financière réalisée au moment du changement de domicile.

Article 14. Professions indépendantes

(1) Les revenus qu'une personne physique résidente d'un État contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités ayant un caractère indépendant ne sont imposables que dans cet État, à moins que cette personne ne dispose habituellement d'une base fixe située dans l'autre État contractant pour y mener ses activités. Si elle dispose d'un tel établissement permanent, les revenus peuvent être imposés dans l'autre État, mais uniquement dans la mesure où ils peuvent être imputés à cette base fixe.

(2) L'expression " profession libérale " désigne notamment les activités indépendantes à caractère scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

Article 15. Professions dépendantes

(1) Sous réserve des dispositions des articles 16, 17, 18 et 19, les salaires, traitements ou autres rémunérations similaires qu'un résident d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables que dans cet État, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre État contractant et, en pareil cas, les rémunérations reçues à ce titre sont imposables dans cet autre État.

(2) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre État ne sont imposables que dans le premier État si:

a) Le bénéficiaire séjourne dans l'autre État pendant une période ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours au cours d'une période de douze mois commençant ou s'achevant au cours de l'année d'imposition considérée,

b) Les rémunérations sont payées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas un résident de l'autre État, et

c) La charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre État.

(3) Les dispositions du paragraphe 2 ne s'appliquent pas aux rémunérations recueillies par une personne résidant dans un État contractant, dénommée " employé " dans ce paragraphe, et payées par un employeur ou pour le compte d'un employeur ne résidant pas dans l'autre État contractant, si ce travail est exécuté dans l'autre État,

a) Si l'employé fournit également pendant ses prestations des services à une autre personne que l'employeur chargée de contrôler directement ou indirectement l'exécution des travaux et

b) Si l'employeur n'assume aucune responsabilité quant aux résultats des travaux effectués par l'employé, ni les risques qui s'y rapportent.

(4) Nonobstant les dispositions du présent article, les rémunérations reçues au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international ou à bord d'un bateau pour la navigation fluviale sont imposables dans l'État contractant sur le territoire duquel est situé le siège de direction effective de l'entreprise.

Article 16. Tantièmes

(1) Les tantièmes et autres rémunérations similaires qu'un résident d'un État contractant reçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration d'une société résidente de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

(2) Les appointements, salaires et autres rémunérations similaires qu'un résident d'un État contractant reçoit en sa qualité de fondé de pouvoir d'une société résidente de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

Article 17. Artistes et sportifs

(1) Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, les revenus qu'un résident d'un État contractant tire de ses activités en tant qu'artiste du théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision, ou en tant que musicien ou sportif, sont imposables dans l'État où ces activités sont exercées.

(2) Lorsque les revenus d'activités qu'un artiste du spectacle ou qu'un sportif exerce personnellement et, en cette qualité, sont attribués non pas à l'artiste ou au sportif lui-même mais à une autre personne, ces revenus sont, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, imposables dans l'État contractant où les activités de l'artiste ou du sportif sont exercées.

(3) Les paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas aux revenus provenant d'activités exercées dans un État contractant par un artiste ou un sportif dans le cadre d'une visite financée principalement ou en grande partie par les fonds publics de l'un ou des deux États contractants, ou de leurs unités administratives territoriales ou collectivités locales, ou par un organe du gouvernement, ou une organisation considérée comme étant sans but lucratif.

Article 18. Pensions, rentes et paiements similaires

(1) Les pensions et paiements similaires ou rentes reçus par un résident d'un État contractant et ayant leur origine dans l'autre État contractant ne sont imposables que dans le premier État.

(2) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les revenus perçus par une personne physique résidente d'un État contractant au titre de la législation sur la sécurité sociale de l'autre État contractant ne sont imposables que dans le premier État.

(3) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les paiements périodiques ou non récurrents versés par un État contractant ou l'une de ses unités administratives territoriales ou collectivités locales à une personne résidente de l'autre État contractant à titre de dédommagement pour cause de persécution politique, de lésions corporelles ou de dommages, y compris les dommages résultant de faits de guerre, ne sont imposables que dans le premier État.

(4) Le paragraphe 3 s'applique mutatis mutandis aux prestations versées par un État contractant ou l'une de ses collectivités territoriales à une personne physique résidente de l'autre État contractant au titre de dédommagement pour cause de lésions corporelles ou de dommages occasionnés pendant le service militaire ou le service civil, au cours d'un traitement médical, vaccination comprise, d'un acte délictueux ou à la suite de faits analogues.

(5) Les pensions alimentaires, y compris celles destinées aux enfants, versées par un résident d'un État contractant à un résident de l'autre État contractant sont exonérées d'impôt dans cet autre État. Cette exonération n'est pas d'application dans la mesure où ces pensions alimentaires sont déductibles dans le premier État du revenu imposable du prestataire; les déductions fiscales destinées à atténuer les charges sociales ne sont pas considérées comme des déductions aux fins de la présente disposition.

(6) Le terme " rente " s'entend d'une somme déterminée payable périodiquement à échéances fixes à titre viager ou pendant une période déterminée ou déterminable, en vertu

d'une obligation d'effectuer des versements en contrepartie d'un capital suffisant intégralement versé en espèces ou en valeurs appréciables en espèces.

Article 19 Fonction publique

(1)

a) Les salaires, les traitements et autres rémunérations analogues, autres que les pensions, payés par un État contractant ou l'une de ses collectivités locales à une personne physique au titre de services rendus à cet État ou à l'une de ses collectivités territoriales, ne sont imposables que dans cet État.

b) Toutefois, ces salaires, traitements et autres rémunérations ne sont imposables que dans l'autre État contractant si les services ont été rendus dans cet État et si la personne physique est un résident de cet État et

aa) Est un ressortissant de cet État; ou

bb) N'en pas devenue résidente à seule fin de fournir les services.

(2)

a) Les pensions payées par un État contractant ou l'une de ses collectivités territoriales par prélèvement sur des fonds qu'ils ont constitués, à une personne physique au titre de services rendus à cet État ou à cette collectivité territoriale sont imposables seulement dans cet État.

b) Toutefois, ces pensions ne sont imposables que dans l'autre État contractant si la personne physique est un résident ou un ressortissant de cet État.

(3) Les dispositions des articles 15, 16 et 18 s'appliquent aux traitements, salaires et autres rémunérations analogues et pensions payés au titre de services rendus dans le cadre d'une activité industrielle ou commerciale exercée par un État contractant ou l'une de ses collectivités territoriales.

(4) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent *mutatis mutandis* aux traitements, salaires et autres rémunérations analogues et pensions payés au titre de services rendus par une personne physique au Goethe Institut Inter Nationes, au Deutscher Akademischer Austauschdienst, à l'Office de la culture polonais ou à d'autres collectivités analogues, convenus par les autorités compétentes des États contractants, dans la mesure où ces paiements sont imposés dans l'État contractant d'où ils proviennent.

Article 20. Enseignants et chercheurs

Une personne physique qui séjourne dans un État contractant afin d'enseigner ou d'effectuer des travaux de recherche dans une université, un collège ou un autre établissement d'enseignement reconnu dans cet État contractant, et qui est ou était immédiatement avant ce séjour un résident de l'autre État contractant, est exonérée d'impôts dans le premier État contractant pendant une période ne dépassant pas deux ans à partir de la date de son premier séjour sur la rémunération tirée de ses activités d'enseignement ou de recherche, à condition que ladite rémunération soit imposée dans l'autre État contractant.

Article 21. Étudiants

Les sommes qu'un étudiant ou un apprenti, qui est ou qui était immédiatement avant de se rendre dans un État contractant, un résident de l'autre État contractant et qui séjourne dans le premier État à seule fin d'y poursuivre ses études ou sa formation reçoit pour couvrir ses frais de séjour, d'études ou de formation, ne sont pas imposables dans ce premier État, à condition que ces sommes proviennent de sources situées en dehors de cet État.

Article 22. Autres revenus

(1) Les revenus de quelque provenance que ce soit recueillis par une personne résidant dans un État contractant qui ne sont pas traités dans les articles précédents ne sont imposables que dans cet État.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas au sens du paragraphe 2 de l'article 6 aux revenus tirés de biens immobiliers si le bénéficiaire qui est résident d'un État contractant exerce des activités industrielles, artisanales ou commerciales dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, ou une profession indépendante à partir d'une base fixe qui y est située, et si les droits ou les biens générateurs des revenus se rattachent effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, selon le cas, sont applicables.

(3) Si en raison de relations spéciales existant entre le résident visé au paragraphe 1 et une autre personne ou entre ces deux personnes et un tiers et que les revenus visés au paragraphe 1 excèdent dès lors le montant qui aurait éventuellement été convenu en l'absence de ces relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des revenus reste imposable selon la législation de chaque État contractant et compte tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 23. Patrimoine

(1) Le patrimoine constitué par des biens immobiliers au sens de l'article 6 du présent Accord, que le résident d'un État contractant possède et qui sont situés dans l'autre État contractant, est imposable dans cet autre État.

(2) Le patrimoine constitué par des biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant possède dans l'autre État contractant, ou par des biens mobiliers appartenant à une base fixe, dont un résident d'un État contractant dispose dans l'autre État contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, est imposable dans cet autre État.

(3) Le patrimoine constitué par des navires ou des aéronefs exploités en trafic international, par des bateaux servant à la navigation fluviale ou par des biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires, aéronefs ou bateaux, n'est imposable que dans l'État contractant où est situé le siège de direction effective de l'entreprise.

(4) Tous les autres éléments de patrimoine d'un résident d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État.

Article 24. Méthodes tendant à éviter la double imposition

(1) Dans le cas d'un résident de la République fédérale d'Allemagne, l'impôt est établi comme suit:

a) Sous réserve des dispositions de l'alinéa b), sont exclus de la base de calcul de l'impôt allemand les revenus provenant de la République de Pologne, de même que les biens situés en République de Pologne qui, en vertu du présent Accord, sont imposables en République de Pologne.

En ce qui concerne les revenus de dividendes, les dispositions de l'alinéa précédent ne s'appliquent qu'aux dividendes versés à une société (mais non à une association de personnes) ayant son siège en République de Pologne et dont 10 % au moins du capital est détenu directement par la société allemande et qui n'ont pas été déduits au moment du calcul des bénéfices de la société distributrice. La phrase précédente ne s'applique pas aux revenus de dividendes versés par une société ayant son siège en République de Pologne et pouvant prétendre à un allégement fiscal en vertu de la loi du 20 octobre 1994 relative aux zones économiques créées en République de Pologne.

Aux fins de l'impôt sur le capital, sont également exclues de la base de calcul de l'impôt allemand les participations dont les dividendes, s'ils avaient été distribués, auraient été en vertu de ce qui précède défalqués de l'assiette imposable.

b) Sous réserve des dispositions du code fiscal allemand en matière de crédit d'impôt étranger, il est admis en déduction de l'impôt allemand sur le revenu au titre des éléments suivants du revenu, l'impôt polonais payé en vertu de la législation polonaise et conformément au présent Accord:

aa) Les dividendes qui ne sont pas visés par la phrase 2 de l'alinéa a);

bb) Les revenus imposables en République de Pologne conformément au paragraphe 2 de l'article 11, au paragraphe 2 de l'article 12, au paragraphe 2 de l'article 13, au paragraphe 3 de l'article 15, au paragraphe premier de l'article 16 et de l'article 17.

c) À la place des dispositions de l'alinéa a), les dispositions de l'alinéa b) sont applicables aux revenus au sens des articles 7 et 10 et aux avoirs dont sont tirés ces revenus, à moins que le résident de la République fédérale d'Allemagne ne prouve que le revenu brut de l'exercice financier de l'établissement stable pendant lequel les bénéfices ont été réalisés, ou le montant brut reçu par la société résidant en République de Pologne pendant l'exercice financier où les dividendes ont été distribués, provient exclusivement ou presque exclusivement d'activités correspondant aux alinéas 1 à 6 du paragraphe 8 de la loi allemande sur les relations fiscales extérieures (" Aussensteuergesetz ") ou de participations correspondant au paragraphe 2 de l'article 8 de cette législation; ces dispositions s'appliquent aussi aux biens immobiliers (paragraphe 4 de l'article 6) et aux bénéfices provenant de l'aliénation de ces biens immobiliers (paragraphe premier de l'article 13), ainsi qu'aux biens mobiliers faisant partie de l'actif de l'établissement stable (paragraphe 3 de l'article 13).

d) La République fédérale d'Allemagne se réserve le droit de tenir compte dans le calcul de son taux d'imposition des éléments de revenu et de fortune qui sont exonérés d'impôt allemand en vertu des dispositions du présent Accord.

(2) Dans le cas d'un résident de la République de Pologne, la double imposition est éliminée comme suit:

a) Lorsqu'un résident de la République de Pologne tire des revenus ou possède des biens qui, conformément aux dispositions du présent Accord, sont imposables en République fédérale d'Allemagne, la République de Pologne défalque, sous réserve des dispositions de l'alinéa b), ces revenus ou ces biens de l'assiette d'imposition. Lors du calcul de l'impôt, la République de Pologne peut appliquer aux autres revenus ou aux autres biens de cette personne le taux d'impôt qui aurait été appliqué si les revenus ou les biens concernés n'avaient pas été défalqués de l'assiette d'imposition.

b) Si un résident de la République de Pologne perçoit des revenus imposables en République fédérale d'Allemagne conformément aux articles 10,11 et 12, la République de Pologne impute sur le revenu de cette personne le montant égal à l'impôt sur le revenu payé en République fédérale d'Allemagne. Le montant imputable ne peut toutefois dépasser la fraction de l'impôt calculé avant imputation applicable aux revenus perçus en République fédérale d'Allemagne.

(3) Au lieu de l'alinéa a) du paragraphe 1 ou 2, l'alinéa b) du paragraphe 1 ou 2 est d'application

a) Si dans les États contractants les revenus ou les biens font l'objet de dispositions différentes de celles du présent Accord ou sont attribués à des personnes différentes (sauf en vertu de l'article 9) et que ce différend ne peut être réglé par la procédure visée au paragraphe 3 de l'article 16 et si en raison de ce différend, les revenus ou les biens concernés n'ont pas été imposés ou l'ont été à un taux trop bas ou

b) Si après consultation avec l'autorité compétente et sous réserve des limitations de son droit interne, la République fédérale d'Allemagne communique par la voie diplomatique à la République de Pologne son intention d'appliquer les dispositions de l'alinéa b) du paragraphe 1 ou 2 à d'autres revenus. La notification ne prendra effet qu'à partir du premier jour de l'année civile qui suit celle où la notification a été signifiée et dès le moment où toutes les conditions légales prévues dans le droit interne de l'État déclarant en matière de prise d'effet de la notification auront été remplies.

Article 25. Non-discrimination

(1) Les ressortissants d'un État contractant ne sont soumis dans l'autre État contractant à aucune imposition ou obligation en l'espèce différente ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourraient être assujettis les ressortissants de cet autre État placés dans la même situation, notamment en matière de résidence. Nonobstant les dispositions de l'article premier, la présente disposition s'applique également aux personnes qui ne sont pas des résidents d'un État contractant ou des deux États contractants.

(2) Les apatrides qui résident dans un État contractant ne peuvent faire l'objet dans aucun des deux États contractants d'une imposition ou d'une obligation en l'espèce différente ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourraient être assujettis les ressortissants de l'État en question placés dans la même situation.

(3) L'imposition d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant n'est pas établie dans cet autre État d'une façon moins défavo-

nable que l'imposition des entreprises de cet autre État qui exercent la même activité. La présente disposition ne peut être interprétée comme obligeant un État contractant à accorder aux résidents de l'autre État contractant les déductions personnelles, abattements et réductions d'impôt en fonction de la situation ou des charges de famille qu'il accorde à ses propres résidents.

(4) À moins que les dispositions du paragraphe premier de l'article 9, du paragraphe 7 de l'article 11 ou du paragraphe 6 de l'article 12 ne soient applicables, les intérêts, redevances et autres dépenses payés par une entreprise d'un État contractant à un résident de l'autre État contractant sont déductibles, aux fins de déterminer les bénéfices imposables de cette entreprise, dans les mêmes conditions que s'ils avaient été payés à un résident du premier État. De même, les dettes qu'une entreprise d'un État contractant a contractées à l'égard d'un résident de l'autre État contractant sont déductibles, aux fins de déterminer les biens imposables de cette entreprise, dans les mêmes conditions que si elles avaient été contractées envers un résident du premier État.

(5) Les entreprises d'un État contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre État contractant, ne sont soumises dans le premier État à aucune imposition ou obligation en l'espèce différente ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourraient être assujetties les autres entreprises similaires du premier État.

(6) Nonobstant les dispositions de l'article 2, les dispositions du présent article s'appliquent aux impôts de toute nature et dénomination.

Article 26. Procédure amiable

(1) Une personne qui estime que les mesures prises par l'un des États contractants ou les deux entraînent ou entraîneront pour elle une imposition non conforme aux dispositions du présent Accord peut, indépendamment des recours prévus par le droit interne de ces États, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'État contractant dont elle est un résident ou, si son cas relève du paragraphe premier de l'article 25, à celle de l'État contractant dont elle possède la nationalité. Le cas doit être soumis dans un délai de trois ans à partir de la première notification des mesures qui entraînent une imposition non conforme aux dispositions de l'Accord.

(2) Si la rémunération lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'y apporter une solution satisfaisante, l'autorité compétente s'efforce de résoudre le cas à l'amiable avec l'autorité compétente de l'autre État contractant en vue d'éviter une imposition non conforme au présent Accord. Nonobstant les délais prévus par le droit interne des États contractants, l'accord ainsi obtenu est appliqué.

(3) Les autorités compétentes des États contractants s'efforcent par accord amiable de régler les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peuvent donner lieu l'interprétation ou l'application du présent Accord. Elles peuvent aussi se concerter en vue d'éviter la double imposition dans les cas non prévus par le présent Accord.

(4) Les autorités compétentes des États contractants peuvent communiquer directement entre elles en vue de parvenir à un accord allant dans le sens des dispositions du présent article.

Article 27. Échange de renseignements

(1) Les autorités compétentes des États contractants échangent les renseignements nécessaires pour appliquer les dispositions du présent Accord ou les dispositions de leur droit interne qui concernent les impôts de toute nature et dénomination perçus au nom des États contractants ou de leurs collectivités territoriales, dans la mesure où l'imposition prévue par ce droit n'est pas contraire à l'Accord. L'échange des renseignements n'est pas restreint par l'article premier et l'article 2. Les renseignements reçus par un État contractant sont tenus secrets au même titre que les renseignements obtenus en application du droit interne de cet État et ne sont communiqués qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et organes administratifs) concernées en matière de calcul, de perception, d'application, de poursuites pénales ou de décision en matière de recours concernant les impôts visés à la première phrase. Ces personnes ou autorités n'utilisent ces renseignements qu'à ces fins uniquement et appliquent les limitations prescrites par l'autorité compétente de l'État contractant ayant communiqué les renseignements. Elles peuvent faire état de ces renseignements dans des débats publics devant les tribunaux ou dans des jugements, à condition que l'autorité compétente de l'autre État contractant n'ait aucune objection. Les renseignements ne peuvent être communiqués à une autre administration qu'avec l'approbation préalable de l'autorité compétente de l'autre État contractant.

(2) Les dispositions du paragraphe premier ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un État contractant l'obligation de

a) Prendre des mesures administratives dérogeant à sa législation ou à ses pratiques administratives ou à celles de l'autre État contractant;

b) Fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa législation ou dans le cadre de ses pratiques administratives normales ou de celles de l'autre État contractant;

c) Fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel ou professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public;

d) Fournir des renseignements dans la mesure où il considère que l'imposition dans l'État requérant est contraire aux principes d'imposition généralement reconnus ou aux dispositions d'un Accord conclu par l'État requérant avec l'État requis;

e) Fournir des renseignements lorsque cela conduirait à ce qu'un ressortissant de l'État requis et des ressortissants de l'État requérant ne soient pas traités, dans des conditions identiques, sur un pied d'égalité.

Article 28. Assistance administrative pour le recouvrement des impôts

(1) Les États contractants se prêtent mutuellement assistance pour le recouvrement des créances fiscales. Cette assistance administrative n'est pas restreinte par les articles premier et second. Les autorités compétentes des États contractants conviennent d'un commun accord des modalités d'application de cet article.

(2) L'expression "créance fiscale" au sens du présent article s'entend des impôts de toute nature et dénomination perçus pour le compte des États contractants ou de l'une de

leurs collectivités territoriales, dans la mesure où l'imposition n'est pas contraire au présent Accord ou à d'autres conventions nationales auxquels ont adhéré les États contractants, ainsi que des intérêts, amendes et frais de recouvrement et d'assurance se rapportant à ces impôts.

(3) Si la créance fiscale d'un État contractant répond aux conditions de la législation de cet État et est due par une personne qui, à ce momentané peut en empêcher l'exécution forcée en vertu du droit de cet État, cette créance fiscale sera acceptée sur demande de l'autorité compétente de cet État par l'autorité compétente de l'autre État contractant aux fins de recouvrement par l'autorité compétente de l'autre État contractant. La créance fiscale est recouvrée par l'autre État conformément aux règles de droit de ce dernier régissant le recouvrement de ses propres impôts, comme s'il s'agissait d'une créance fiscale de cet autre État.

(4) S'il s'agit d'une créance fiscale d'un État contractant pour laquelle cet État peut, en vertu de sa législation, prendre des mesures conservatoires pour en assurer le recouvrement, cette créance fiscale est, sur demande de l'autorité compétente de cet État, acceptée pour que les mesures conservatoires puissent être prises par l'autorité compétente de l'autre État contractant. En conformité avec ses propres règles de droit, cet autre État prend les mesures conservatoires se rapportant à cette créance fiscale comme si celle-ci était une créance fiscale de cet autre État, même si la créance fiscale au moment où les mesures ont été prises dans le premier État n'est pas recouvrable par voie forcée ou est due par une personne habilitée à s'opposer à son recouvrement.

(5) Nonobstant les dispositions des paragraphes 3 et 4, une créance acceptée par un État contractant aux fins énoncées aux paragraphes 3 et 4 n'est pas soumise en tant que telle dans cet État aux délais de prescription ou aux dispositions en matière de privilège applicables selon le droit de cet État aux créances fiscales. Une créance fiscale acceptée par un État contractant aux fins énoncées aux paragraphes 3 et 4 ne possède pas non plus dans cet État le rang qui lui serait conféré par le droit de cet autre État contractant.

(6) Les actions ayant trait à l'existence, l'échéance ou le montant de la créance fiscale d'un État contractant ne peuvent être engagées que devant les tribunaux ou les organes administratifs de cet État. Le présent article ne donne nullement le droit à quiconque d'engager de telles actions devant les tribunaux ou les organes administratifs de l'autre État contractant.

(7) Si, après que la requête a été introduite par un État contractant selon les paragraphes 3 et 4 et avant qu'elle ait été recouvrée par l'autre État contractant et transmise au premier État

a) La créance fiscale en question perd sa qualité de créance fiscale du premier État recouvrable conformément au droit de cet État et due par une personne qui, à ce moment, ne peut en empêcher le recouvrement en vertu du droit du premier État, dans le cas d'une requête répondant aux conditions du paragraphe 3, ou si

b) Elle perd sa qualité de créance fiscale du premier État pour laquelle cet État peut, selon sa propre législation, prendre des mesures conservatoires de recouvrement dans le cas d'une requête répondant aux conditions du paragraphe 4,

l'autorité compétente du premier État en informe sans délai l'autorité compétente de l'autre État et, selon le choix laissé à l'appréciation de l'autre État, suspend la requête ou la retire.

(8) Les dispositions du présent article ne sauraient être interprétées comme constituant une obligation du chef d'un État contractant

a) De prendre des mesures administratives dérogeant à sa législation ou à ses pratiques administratives ou à celles de l'autre État contractant,

b) De prendre des mesures contraires à l'ordre public,

c) De prêter une assistance administrative si l'autre État n'a pas épuisé toutes les mesures appropriées permises par sa législation et ses pratiques administratives en vue de recouvrer ou de sauvegarder sa créance fiscale,

d) De prêter une assistance administrative si les frais administratifs encourus par cet État sont disproportionnés par rapport aux avantages qui en découlent pour l'autre État contractant.

Article 29. Remboursement des impôts perçus à la source

(1) Si dans un État contractant, les impôts sur les dividendes, les intérêts, les redevances de licence ou d'autres revenus sont perçus par voie de prélèvement à la source dans le cas d'une personne résidant dans l'autre État contractant, le présent Accord ne déroge en rien au droit du premier État de percevoir l'impôt à la source au taux prévu dans la législation nationale. L'impôt prélevé à la source est remboursable au contribuable qui en fait la demande dans la mesure où il est réduit ou supprimé par le présent Accord.

(2) Les demandes de remboursement doivent être introduites avant la fin de la quatrième année qui suit l'année civile dans laquelle l'impôt à la source a été établi sur les dividendes, intérêts, redevances de licence ou autres revenus.

(3) L'État contractant d'où proviennent les revenus peut exiger une attestation administrative délivrée par l'autorité compétente de l'autre État contractant confirmant que le contribuable est bien un résident de l'autre État contractant.

(4) Les autorités compétentes peuvent de commun accord déterminer les modalités d'application du présent article et le cas échéant fixer d'autres procédures de mise en application des avantages fiscaux prévus dans le présent Accord.

Article 30. Application de l'Accord dans des cas spéciaux

(1) Le présent Accord ne doit pas être interprété comme empêchant

a) Un État contractant d'appliquer ses dispositions législatives nationales tendant à prévenir la fraude et l'évasion fiscale,

b) La République fédérale d'Allemagne d'imposer les montants qui, en vertu de la Quatrième partie de la loi allemande sur l'imposition des revenus étrangers, doivent être repris dans les revenus d'une personne résidant en République fédérale d'Allemagne.

(2) Si les dispositions du paragraphe premier donnent lieu à une double imposition, les autorités compétentes se concertent en se référant au paragraphe 3 de l'article 26 sur la

manière d'éviter la double imposition, dans la mesure où le dossier a été présenté dans les trois années qui suivent la première communication de la mesure ayant conduit à la double imposition.

Article 31. Agents diplomatiques et consulaires

(1) Aucune disposition du présent Accord ne porte atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les membres des missions diplomatiques ou des postes consulaires en vertu des règles générales du droit international ou des dispositions d'accords particuliers.

(2) Dans la mesure où, en raison des privilèges fiscaux accordés aux missions diplomatiques et aux postes consulaires en vertu des règles générales du droit international ou des dispositions d'accords internationaux spéciaux, des revenus ou des biens ne sont pas imposables dans l'État d'accueil, l'État d'envoi aura le droit d'imposer ces revenus ou ces biens.

(3) Nonobstant les dispositions de l'article 4, une personne physique membre d'une mission diplomatique, d'un poste consulaire ou d'une mission permanente d'un État contractant qui se trouve dans l'État contractant ou dans un État tiers sera considérée aux fins du présent Accord comme un résident de l'État d'envoi si

a) Conformément au droit international ladite personne n'est pas imposable dans l'État d'accueil sur les revenus provenant de sources extérieures aux dits États; et si

b) Ladite personne est soumise dans l'État d'envoi aux mêmes obligations en matière d'impôt sur son revenu global ou sur l'ensemble de ses biens que les résidents dudit État.

(4) L'Accord ne s'applique pas aux organisations internationales, à leurs organes ou à leurs fonctionnaires ni aux membres d'une mission diplomatique ou d'un poste consulaire d'un État tiers et de leurs ressortissants qui séjournent dans un État contractant et qui ne sont pas soumis, dans aucun des deux États contractants, aux mêmes obligations en matière d'impôts sur le revenu ou sur la fortune que les personnes qui y résident.

Article 32. Entrée en vigueur

(1) Le présent Accord est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés aussi rapidement que possible à Varsovie. Le Protocole en annexe fait partie intégrante du présent Accord.

(2) Le présent Accord entre en vigueur le jour de l'échange des instruments de ratification et s'applique

a) Dans le cas des impôts retenus à la source, pour les montants perçus le 1er janvier ou après le 1er janvier de l'année civile qui suit celle dans laquelle le présent Accord est entré en vigueur;

b) Dans le cas des autres impôts sur le revenu et sur la fortune, aux impôts prélevés pour les exercices fiscaux à compter du 1er janvier de l'année civile qui suit celle dans laquelle le présent Accord est entré en vigueur;

c) En ce qui concerne l'échange de renseignements dont il est question à l'article 27, à partir du 1er janvier de l'année civile qui suit celle dans laquelle l'Accord est entré en vigueur;

d) En ce qui concerne l'assistance administrative à laquelle il est fait référence à l'article 28 prêtée aux fins de recouvrer les impôts, lorsque les autorités compétentes auront déterminé par écrit et à l'amiable, conformément à l'article 26, les modalités de détail en matière d'application.

(3) Au moment de l'entrée en vigueur du présent Accord, l'Accord du 18 décembre 1972 entre la République fédérale d'Allemagne et la République populaire de Pologne tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune cessera de s'appliquer

a) Dans le cas des impôts retenus à la source, pour les montants payés le 1er janvier ou après le 1er janvier de l'année civile qui suit celle dans laquelle le présent Accord est entré en vigueur;

b) Dans le cas des autres impôts, pour les impôts perçus pour les périodes commençant à partir du 1er janvier de l'année civile qui suit celle dans laquelle le présent Accord est entré en vigueur.

Article 33. Dénonciation

Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Au terme d'une période de cinq ans à compter de la date à laquelle l'Accord est entré en vigueur, chaque État contractant peut dénoncer l'Accord par la voie diplomatique moyennant un préavis écrit notifié six mois avant l'expiration de chaque année civile. Si tel est le cas, l'Accord cessera de s'appliquer:

a) En ce qui concerne les impôts retenus à la source, pour les revenus perçus le 1er janvier ou après le 1er janvier de l'année civile qui suit celle de la dénonciation;

b) En ce qui concerne les autres impôts sur le revenu et sur la fortune, pour les impôts perçus pour les exercices fiscaux à compter du 1er janvier de l'année civile qui suit celle de la dénonciation;

c) En ce qui concerne l'échange de renseignements faisant l'objet de l'article 27 et l'assistance administrative faisant l'objet de l'article 28 et prêtée aux fins de recouvrement des impôts, à partir du 1er janvier de l'année civile qui suit celle de la dénonciation.

Fait à Berlin le 14 mai 2003, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

KLAUS SCHARIOTH

Pour la République de Pologne :

JERZY HAUSNER

PROTOCOLE À L'ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
ET LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPO-
SITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE

À l'occasion de la signature, le 14 mai 2003 à Berlin, de l'Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, les soussignés sont convenus de ce qui suit:

(1) En ce qui concerne l'article 7:

a) Dans le cas de travaux de construction ou de montage, seuls les bénéfices découlant de cette activité peuvent être imputés dans l'État contractant dans lequel le chantier est situé. Les bénéfices découlant de la fourniture de marchandises effectuée en rapport ou non avec cette activité par l'établissement stable principal ou un autre établissement de l'entreprise ou par un tiers ne sont imputables à ces travaux de construction ou de montage.

b) Les revenus retirés par une personne résidant dans un État contractant de travaux d'études, de conception, de recherche ou de développement ou de services techniques exécutés ou fournis dans cet État en rapport avec un établissement stable situé dans l'autre État contractant ne sont pas attribuables à cet établissement stable.

(2) En ce qui concerne les articles 10, 11 et 24:

Nonobstant les dispositions des articles 10 et 11, les dividendes et les intérêts sont imposables dans l'État contractant d'où ils proviennent et conformément à la législation de cet État,

a) S'ils découlent de droits ou de créances donnant droit à une participation aux bénéfices (y compris les revenus perçus par un associé passif ("stillter Gesellschafter") au titre de sa participation en cette qualité ou d'un prêt dont le taux d'intérêt est lié aux bénéfices de l'emprunteur ("partiarisches Darlehen") ou de bénéfices tirés d'obligations participantes ("Gewinnobligationen") en application de la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne);

b) À condition qu'ils soient déductibles aux fins du calcul des bénéfices du débiteur de ces revenus.

Les dispositions de l'alinéa b) du paragraphe premier ou second de l'article 24 sont mutatis mutandis d'application.

(3) En ce qui concerne l'article 27:

Si dans le cadre du présent Accord des renseignements personnels doivent être transmis conformément au droit interne, les dispositions énoncées ci-après sont supplétives à la législation nationale en vigueur sur le territoire de chaque Partie contractante:

a) L'autorité compétente qui reçoit les renseignements informe, sur demande, l'autorité compétente ayant communiqué les renseignements, quant à l'utilisation qui en est faite et quant aux résultats obtenus.

b) L'autorité compétente qui fournit les renseignements s'assure que les renseignements à fournir sont exacts et qu'ils sont nécessaires et correspondent aux fins pour lesquelles ils sont fournis. Toute interdiction frappant la fourniture de renseignements en vertu de

la législation nationale applicable de l'État contractant concerné doit être respectée. Si une autorité compétente constate que des renseignements inexacts ou des renseignements qui n'auraient pas dû être communiqués ont été transmis, l'autorité compétente en informe sans délai l'autorité compétente de l'autre État contractant. L'autre autorité compétente est dans l'obligation de corriger les renseignements ou de les détruire.

c) Sur demande, la personne intéressée sera informée des renseignements à communiquer la concernant et de l'utilisation qui en sera faite. Ladite personne n'a pas à être informée si l'intérêt public semble l'emporter sur l'intérêt de ladite personne. Pour tous les autres aspects, le droit de la personne intéressée à être informée des renseignements la concernant qui sont détenus sera régi par la législation nationale de l'État contractant sur le territoire souverain duquel la demande de renseignements est effectuée.

d) L'autorité compétente qui reçoit les renseignements assumera la responsabilité, conformément à sa législation nationale, à l'égard de toute personne qui subit des dommages par suite de la fourniture de renseignements au titre de l'échange de renseignements en vertu du présent Accord. En ce qui concerne la personne lésée, l'autorité compétente qui reçoit les renseignements ne peut pas plaider à sa décharge que les dommages ont été causés par l'État contractant qui a fourni les renseignements.

e) Les renseignements personnels transmis doivent être effacés conformément au droit interne des États contractants dès qu'ils ne sont plus nécessaires pour l'objet pour lequel ils ont été transmis.

f) Les autorités émettrices sont tenues de transmettre et de recevoir les renseignements personnels en conservant une trace de leurs mouvements dans un dossier. Ces dossiers seront conservés aussi longtemps que le droit interne de l'État considéré le prescrit.

g) Les autorités compétentes sont tenues de prendre des mesures effectives pour protéger les renseignements personnels fournis contre tout accès, toute altération et toute divulgation non autorisés.

